

Antifaz

Antifaschistische Zeitung

42, REC, 111.2
45

Jan./Feb. 1994

8. Jahrgang

DM 3,00

NAZIBANDEN

AUFLÖSEN



- DER "EINBLICK"

- "NORDISCHER
RING"

- WAHLEN 1994

- KURDISTAN

- LINKE UND TOD

Inhalt

3 Editorial

Dokumentation

4 Der "Einblick"

6 Rieger und der "Nordische Ring"

11 Eine Hand wäscht die andere

36 Aktion für Abgewiesene Asylbewerber (AAA)

39 Rechtliche Implikationen zum zivilen Ungehorsam im Asylbereich

Kommentar

13 Hat die dt. Regierung das Recht, den kurdischen Freiheitskampf zu verbieten

Debatte

16 Stellungnahme der Redaktion

17 Stellungnahme von ERNK, ARGK und PKK

19 Stellungnahme der TDKP

21 Widersprüche in den Erklärungen

22 Linke und Tod

25 Antifaschismus zu den Wahlen 1994

28 Die Autonomen Teil III

Berichte

30 AFB-Seminar in Papenburg

31 Marler Woche gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit

33 Der Landesverband der "Deutschen Nationalisten" (DN) wurde nicht gegründet

35 Aktion gegen REP's in Herten

42 Aktionen zum FrauenLesbenkampftag gegen Gewalt an Frauen

Einsteigen und mitsteuern.



Gültig bis Febr. 1994

14 TAGE

TEST-ABO

GNADENLOS

KOSTENLOS

24-STUNDEN-TELEFON

(030) 288 94 12

JUNGE WELT - DIE OSTDEUTSCHE TAGESZEITUNG

Verlagsanstalt in Berlin GmbH, Am Treptower Park 28 - 30, 12435 Berlin
Fairness für Test-Leser. Das Test-Abo verlängert sich nicht automatisch.

JUNGE WELT

EDITORIAL

Das **Jahr 1993** ist zu Ende gegangen - für AntifaschistInnen im Rückblick ein Jahr des Anwachsens der faschistischen Gefahr, des verschärften Sozialabbaus und verstärkter staatlicher Repression - kein Jahr der Freude also.

Und dennoch: Die Anzeichen des Widerstands sind nicht zu übersehen, auch die Vernetzung antifaschistischer Strukturen ist vorangekommen.

Was aber 1993 mit aller Deutlichkeit klargemacht hat: **Faschistische Gewalt und Terror nehmen zu**, und gegen diese Entwicklung wurde bisher noch keine passende Antwort gefunden, sprich, die breite demokratisch-antifaschistische Bewegung, die der gesamten Recht-entwicklung wirksam entgegentreten könnte, ist nicht in Sicht.

Daß Faschisten das Signal zur Verstärkung des Terrors gegeben haben, beweist nicht zuletzt **"Der Einblick"** (siehe Kommentar in dieser Ausgabe).

Auch international haben sich die Auseinandersetzungen verschärft. **Deutschland** und die **Türkei** haben ihren **gemeinsamen Kurs gegen den Freiheitskampf des Kurdischen Volkes** weiter ausgebaut, wie u.a. das **Verbot der PKK** in Deutschland aufzeigt - hierzu eine Stellungnahme von Klaus Dillmann: "Hat die deutsche Regierung das Recht, den kurdischen Freiheitskampf zu verbieten?"

Doch auch die Unterstützung des kurdischen Volkes ist bei Teilen der fortschrittlichen Öffentlichkeit problematischer geworden: Die **PKK** ist einerseits die führende und einzige Kraft, die den kurdischen Freiheitskampf organisiert, andererseits in ihren Methoden mehr als umstritten. Zur **Ermordung von 6 TDKP-Mitgliedern** durch eine **PKK-Einheit** drucken wir unter der Rubrik Debatte **Stellungnahmen verschiedener Organisationen** ab.

Ebenfalls unter dieser Rubrik und im weitesten Sinne mit dieser Problematik beschäftigt sich auch ein Artikel von **Thea A. Struchtemeier: "Linke und Tod"**, und auch zur Diskussion gedacht ist ein Artikel von Stephan W. Born: **"Antifaschismus zu den Bundestagswahlen 1994"**.

Ein Artikel des **Antifaschistischen Bundes (AFB)** beschäftigt sich mit **Jürgen Rieger** und dem **"Nordischen Ring"**, in diesem Zusammenhang auch Berichte über ein Wochenendseminar des AFB in Papenburg im Emsland und die ebenfalls vom AFB organisierte Marler **"Woche gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit"**.

Weiter berichten wir über antifaschistische Aktionen gegen den Versuch der Gründung eines Landesverbandes der **"Deutschen Nationalen"** in **Dortmund** und die versuchte Gründung eines Stadtverbandes der **"Republikaner"** in **Herten**.

Zum Schluß noch ein Artikel von Bruno, zum einen über die **"Aktion für Abgewiesene Asylbewerber"(AAA)** in der Schweiz und eine Dokumentation **"Rechtliche Implikationen im Asylbereich"** von **Rechtsanwalt Helmut Budde** aus Münster.

So, wenn in letzter Minute noch was kommen sollte, dann merkt Ihr das selbst - eine ganze Menge paßte auch schon nicht mehr in diese Ausgabe und wird (vermutlich) in der März-Ausgabe erscheinen.

Für 1994 Euch allen Herz und Mut, laßt Euch nicht unterkriegen.

Allerherzlichste Glückwünsche zum Schluß den Freundinnen und Freunden vom **"Antifaschistischen Info-Blatt"** zu ihrem **"25sten"**. Gut, daß es Euch gibt.

Und damit Schluß für heute,

Eure

AntifaZ-Redaktion

DER "EINBLICK"

Nazis kündigen verstärkten Terror an

Nicht erst durch die Herausgabe des **"EINBLICKS"** ist den AntifaschistInnen klar, daß die Faschisten das Ziel verfolgen, ihre Gegner brutal zu verfolgen und so weit wie möglich zu beseitigen. Daß dabei vor Mord und Totschlag nicht zurückgeschreckt wird, ist uns klar.

Wenn Ende dieses Jahres durch die Herausgabe dieser 44 Seiten starken "ersten Ausgabe" der Eindruck in der Öffentlichkeit entstand, als ob die Faschisten erst jetzt dazu bereit und in der Lage wären, so ist schon dies Teil eines politischen Kalküls, wie die faschistische Gefahr aus der regierungsoffiziellen Sicht gesehen werden soll.

(Inzwischen gibt es die zweite Ausgabe des **"Einblick"**, die uns bei Redaktionsschluß noch nicht vorlag und die weitere Adressen bekanntmacht).

Zur Vorgeschichte:

Der **"Einblick"** bringt nicht etwa "neue" Ergebnisse faschistischer Recherchen über antifaschistische Strukturen, ein nicht geringer Teil des "Materials" ist schon vor Jahren veröffentlicht worden, u.a. in dem von **Chr. Worch** herausgegebenen **"Index"**.

Festzuhalten ist hierbei, daß dies bislang für Justiz und Staatsanwaltschaft in keinem einzigen Fall Grund genug war, strafrechtlich gegen die Nazis vorzugehen.

Auch in Zukunft wird sich daran nichts ändern.

Der **"Einblick"** ist zu verstehen als Teil des **bundesweiten Aufbaus** der sogenannten **"ANTI-Antifa"-Gruppen**, für die seit einigen Monaten massiv Propaganda gemacht wird, auch hier ist Christian Worch der Hauptdrahtzieher.

Zum Inhalt:

Nicht in erster Linie die große Zahl der veröffentlichten Namen und Adressen ist erschreckend - denn die Faschisten verfügen mit Sicherheit über sehr viel mehr Material, das sie keineswegs der Öffentlichkeit zugänglich machen werden -, erschreckender ist das politische Signal, was deutlich macht, daß 1994 für die Faschisten ein weiteres Jahr der Offensive sein soll.

Von Interesse ist auch die politische Begründung für die Herausgabe des **"Einblick"**:

Grund sei der "zunehmende Rotfront- und Anarchoterror", also der angebliche antifaschistische "Terror" gegen Neonazis.

Ein kurzer Blick in die Realität zeigt schon, daß von antifaschistischem "Terror" keine Rede sein kann. Dagegen ist die Spur rassistischen und faschistischen Terrors gegen Asylbewerber, Ausländer, Angehörige von Minderheiten nicht zu vertuschen, die seit zwei Jahren im ganzen Land hinterlassen wurde.

Daß dagegen insgesamt Widerstand entstanden ist, wenn auch nach wie vor in viel zu geringem Umfang, ist erfreulich, paßt aber den Herrschenden und den Faschisten ganz und gar nicht.

Angeichts sich verschärfender sozialer Widersprüche, wachsenden Widerstands von ArbeiterInnen gegen Massenentlassungen, angesichts auch der Tatsache, daß sich immer wieder Menschen auch für linke, sozialistische und kommunistische Vorstellungen interessieren, wird für diesen Staat und damit auch für seine Sachwalter bei den organisierten Faschisten die Notwendigkeit, verstärkt "gegen Links" aktiv zu werden, größer.

Der **"Einblick"** ist Ausdruck und Signal für diese Entwicklung.

Wie schon erwähnt, ist das veröffentlichte Material teilweise veraltet, teilweise völlig beliebig ausgewählt.

Organisierte AntifaschistInnen sollten auf keinen Fall den Fehler machen, dies als den letzten "Erkenntnisstand" der Faschisten über unsere Arbeit anzusehen.

Deutlich wird nur, daß die Faschisten so ziemlich jede demokratische Position als mögliche gegnerische ansehen: Es werden keineswegs nur Adressen aus antifaschistischen Strukturen veröffentlicht, sondern beispielsweise auch die Adresse der Dortmunder **"GRÜNEN"** (übrigens eine der zwei abgedruckten GRÜNEN-Adressen, vielleicht sind ja die Dortmunder GRÜNEN besonders aktiv beim "Rotfront- und Anarchoterror" oder die "Infostelle 3. Welt" in Witten?).

Auch einzelne ziemlich wahllos ausgewählte Dritte-Welt-Buchläden sind aufgenommen - das Ziel ist ganz offensichtlich keine Vollständigkeit, sondern ein politisches Signal gegenüber den eigenen Anhängern: Das gesamte demokratische Spektrum bis in die Reihen der SPD hinein ist als politischer Gegner anzusehen.

So ist es kein Zufall, daß zwar einzelne SPD-Mitglieder in der Liste auftauchen, aber kein einziges CDU- oder FDP Mitglied.

Es ist ebensowenig Zufall, daß für NRW unter dem Stichwort "Achtung Kommunisten" ein Teil der MLPD-Strukturen veröffentlicht wird - die Verfasser hätten unter diesem Stichwort noch eine größere Zahl ebenfalls öffentlich bekannter Adressen veröffentlichen können - sie taten es nicht.

Unter der Hetzparole "Für linke Gewalt und anti-nationalistische Hetze sind dort weiterhin verantwortlich" wird unter anderem die Bochumer Adresse des Futon-Ladens "Form in Form" abgedruckt.

Das hatte (vermutlich) Folgen: Ende Dezember brannte der Bochumer Laden völlig aus, die Inhaber vermuteten, daß der Brand mit der Veröffentlichung im "Einblick" zusammenhing, da "Form in Form" durch ausländerfreundliche Werbeanzeigen bekannt geworden sei.

Sie ließen sich aber nicht einschüchtern, sondern initiierten ein Treffen aller Gruppen und Menschen in Bochum, die im "Einblick" bekannt gemacht wurden, mit dem Ziel, ein möglichst breites Bündnis sämtlicher fortschrittlicher Kräfte in Bochum zustandezubringen, welches sich öffentlich zu antirassistischen Zielen bekennt.

Fazit:

Viel ist sonst nicht mehr über den "Einblick" zu berichten.

Einzelne Passagen im Vorspann ("Wir über uns") deuten darauf hin, daß die Naziszene in Zukunft tatsächlich verdeckter arbeiten wird (was sie ja in

ihren Kernstrukturen seit langem tut) So heißt es in diesem Zusammenhang "anklagend":

"Da sich seit 1945 alle konstruktiven Kräfte im Gegensatz zu der linken "Szene" stets offen zu den Ideen und Idealen ihres politischen Handelns bekannt haben, stehen wir heute voll in der Öffentlichkeit und sind für destruktive, zerstörerische und verhetzte Kinder linker Politik abgreifbar geworden."

In Wahrheit ist ja erst durch oft mühsame Recherche-Arbeit von antifaschistischen Gruppen bekannt gemacht worden, wie weit und gut organisiert das braune Netz in europäischem Rahmen schon arbeitet.

Hierbei hat der Staat keineswegs auch nur das geringste Interesse gezeigt, die antifaschistische Aufklärung zu unterstützen - im Gegenteil.

Auch die Veröffentlichungen des "Einblick" werden nicht strafrechtlich verfolgt, weil angeblich mal wieder keine "rechtliche Grundlage" hierfür besteht. Was soll denn überhaupt noch strafrechtlich verfolgt werden, wenn nicht dieses fas-

schistische Hetzblatt, das offen zum Terror und zur Gewalt gegen alle demokratischen Kräfte aufruft?

Wie heißt es doch im letzten Satz des "Vorspanns":

"Laßt uns deshalb auch ALLE gemeinsam - jeder nach seiner eigenen persönlichen Kraft - die kriminellen Gegner entlarven und sie mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln bestrafen."

Das dürfte eigentlich eindeutig sein, die AntifaschistInnen jedenfalls sollten sich keinerlei Illusionen darüber machen, was hiermit gemeint ist:

Die völlige Ausschaltung jeglicher demokratischer Opposition.

**ORGANISERT DEN
ANTIFASCHISTISCHEN
WIDERSTAND !!**

JÜRGEN RIEGER UND DER NORDISCHE RING

Friedrich Nietzsche, Ernst Jünger und ihre Nutzenanwendung
bei Neofaschisten

Jürgen Rieger dürfte unter AntifaschistInnen inzwischen bekannt sein als Hamburger "Staranwalt" für Neonazis, als enger Mitarbeiter **Christian Worchs** (Chef der "**Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front**", GdNF) und einer der geistigen Drahtzieher des heutigen organisierten Faschismus.

Nicht ganz so bekannt ist, daß Rieger schon seit Jahrzehnten ein führender Kopf der Neonazis ist, seit langem schon an der Wiederbelebung "rassistischen, arischen" Gedankenguts arbeitet, die faschistische "Euthanasie- und Gentechnologie"-Vernetzung vorangebracht hat und für die Verbreitung von Germanenkult, Sonnenwendfeier-Ideologie und dergleichen zuständig ist.

Er ist verantwortlich für die Herausgabe der "**Nordischen Zukunft**", der Vierteljahresschrift der "**NORDISCHEN RINGS**", ist Hauptorganisator der jährlich stattfindenden "**Hetendorfer Tagungswoche**" und Vorstandsmitglied der "**Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung**".

Diese und eine ganze Reihe weiterer faschistischer Organisationen treiben fleißig als eingetragene Vereine ihr Unwesen, Antrag auf Verbot wurde nie

gestellt, auch gegen Rieger ist (nach unseren Informationen) zur Zeit kein Strafverfahren anhängig, geschweige denn, daß er aus der Anwaltskammer verwiesen wurde, was längst hätte geschehen müssen.

Um Riegers "Gedankengut" etwas bekannter zu machen, stellen wir ihn heute als Herausgeber und theoretischen Haupt(schreibtisch)täter der Zeitschrift "**Nordische Zukunft**" vor.

"NORDISCHE ZUKUNFT"

Wer einzelne Ausgaben der Zeitschrift durchblättert, dem fällt sofort auf, daß die Herausgeber Wert darauf legen, als geistige Nachfolger "großer" deutscher Philosophen, Dichter und Politiker zu erscheinen.

So stehen z.B. am Anfang der Folge 1/2 des 11. Jahrgangs von 1985 (!) gleich drei Zitate: **Friedrich der Große vor der Schlacht:**

"Sollte ich getötet werden, so müssen die öffentlichen Geschäfte ohne die geringste Veränderung und ohne daß man merke, daß sie in anderen Händen seien, ihren Gang fortgehen (...)."

Friedrich Schiller:

"Wohlauf Kameraden, aufs Pferd, aufs Pferd !

Ins Feld, in die Freiheit gezogen

Im Felde, da ist der Mann noch was wert,
da wird das Herz noch gewogen.

Da tritt kein anderer für ihn ein,
auf sich selber steht er da ganz allein.

(...)"

Ernst Jünger:

"Dem Unabänderlichen in Stil, Form und Haltung gegenüber zu treten, das zeichnet den Menschen von Rasse aus. Und was ist das für ein Krieger, der keine Rasse besitzt ? Die Rasse fragt nie, warum es so ist, und ob es nicht anders sein könnte, sie sieht, daß es so ist und wirft sich mit mächtiger Gestaltungskraft in die ganze Fülle des Lebens hinein. Darin liegt ihre unbedingte Überlegenheit."

Es wird vermutlich nicht auf den ersten Blick klar, was die Zitate miteinander gemeinsam haben, liest man aber Riegers (ausführliche) Artikel gründlich, dann wird der geistige Hintergrund deutlich. Es geht um den Krieg, den "Krieger", das "Leben" und die "Rasse" (die bedroht ist).

Die "Rasse" der "Krieger"

Rieger schreibt:

"Wie hat sich die Einstellung zum Kriegführen entwickelt ? Bis Ende des 19. Jahrhunderts galt es als erlaubt, Kriege zu führen. Wenn ein Staat seine Interessen anders nicht mehr durchsetzen konnte, griff er zu diesem Mittel. Der Krieg war die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Der Krieg brauchte keine Rechtfertigung; es galt als ehrenhaft für das Vaterland zu sterben. Nur ansatzweise wurde versucht, den Krieg als Erziehungsmittel zu sehen. Der große Feldherr Moltke sagte in diesem Sinne: "Der Krieg ist ein Mittel in Gottes Weltordnung. Der ewige Friede ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner. Ohne den Krieg würden die Menschen im Materialismus versumpfen."

Der letzte "erlaubte" Krieg war der von 1914 bis 1918. Danach gab es neben Büchern, die den Krieg als Erlebnis, als eine Macht, die den Menschen fordert, das letzte aus ihm herausholt und zeigt, ob einer Versager oder aufopferungsbereiter Kamerad, Feigling oder mutiger Draufgänger ist, der die große Bewährung im Leben des Men-

ist zwar wissenschaftlich gesehen naiver Schwachsinn, aber in seiner pathologischen Ausstrahlung und schwülstigen Heldenmetaphorik ist er einer der Lieblingsautoren der Faschisten. Begeistert beruft sich auch Rieger auf ihn, versucht aber gleichzeitig, ihn vor dem Vorwurf der "Kriegsverherrlichung" zu bewahren:



Wieder zu hören

schen bedeutet, auch solche Schriften, die den Krieg als verabscheuungswürdig hinstellten." Es lohnt sich, Rieger ausführlich zu zitieren!

Mal abgesehen davon, daß hier einer (und das nicht nur in diesem Artikel) sich als offener Kriegshetzer betätigt, ist hervorzuheben, wie Rieger das Positive des Krieges (an sich) geistig herleitet, und mit welcher Dreistigkeit historische Lügen verbreitet werden.

(Nebenbei zwei Hauptmerkmale des alten und neuen Faschismus).

Zu den geistigen "Wurzeln":

Ernst Jünger ist nicht zufällig einer der am meisten zitierten Autoren des Faschismus: Sein Bekenntnis zur Rasse, zum Herrenmenschen, zum "Krieger"

"Wer Jüngers Bücher "In Stahlgewittern", "Das Wäldchen 125" oder "Feuer und Blut" kennt, wird keine Verharmlosung des Krieges finden. Was in seinen Büchern und in den Büchern von Werner Beumelburg, E.E. Dwinger und Franz Schauwecker betont wird, ist aber dies: Sich den Notwendigkeiten mannhaft stellen kann man nur, indem man sie bejaht. Der Krieg ist das Natürliche, das Elementare; er führt über den Frontgeist zur Kameradschaft und über diese zur Volksgemeinschaft des Schützengrabens. Männerherzen, Männerfäuste und Männertaten bestimmen das Geschehen im Krieg; hieraus erwächst ihr Selbstbewußtsein."

Glaube keiner, hier spräche ein geistig verwirrter, seniler Nazi-Opa!

Dieser Mann schreibt im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß er in künftigen Kriegen als Angehöriger der "arischen, rassischen" Elite mit Sicherheit nicht im "Schützengraben" liegen wird, sondern zu denen gehört, die per Knopfdruck das große, "heldische" Erlebnis des modernen Massenmordes im heutigen Krieg auslösen wird.

Ganz abgesehen davon, daß auch in allen früheren Kriegen in der Wirklichkeit nicht die Rede davon sein kann, daß dort "Männerfäuste" irgendwelche "Männertaten" begingen, vielmehr bedeutete Krieg schon immer das möglichst massenhafte Hinschlachten des Feindes bei möglichst geringen eigenen Verlusten.

Hier wollen wir auch mal davon absehen, daß Rieger nebenbei Propaganda für die "Volksgemeinschaft" macht, immerhin ein Begriff, der vor Jahren zumindest in einigen Urteilen als Nachweis der Nachfolge nationalsozialistischer Propaganda bewertet wurde.

Nein, im Mittelpunkt soll hier stehen, daß dies Gedankengut ganz offensichtlich kein Produkt eines kranken Gehirns ist, sondern sich in eine bestimmte Geistestradiation einordnet, die tatsächlich für den Faschismus alter und neuer Prägung von zentraler Bedeutung ist.

Nicht zufällig steht Schillers "Reiterlied" mal wieder (wie in zahlreichen Nazi-Publikationen) als Kronzeuge für "Kriegerisches, Mannhaftes, Heldisches".

Zwar ist es im Grunde nur auf dem Hintergrund der sogenannten deutschen Freiheitskriege (gegen Napoleon), der studentischen Vaterlandsbegeisterung und der Nationalstaatsbewegung zu verstehen, doch sind eindeutig Züge enthalten, die die deutsche Geistesgeschichte

KURZBIOGRAPHIE JÜRGEN RIEGERS

Jürgen Rieger, geboren 1945, gab schon 1968 rechtsextremistische Flugblätter heraus.

Er war damals Aktivist der **"Aktion Oder/Neiße"** und 1969 Funktionär des **"Bundes Heimattreuer Jugend"**. Der BHJ ist, neben der **"Wiking-Jugend"**, die älteste rechtsradikale Jugendorganisation Deutschlands. 1962 neu gegründet, ist eines ihrer Ziele die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937. Der BHJ will "Kämpfer für die Einheit unseres Reiches in einer verworrenen Zeit" (1) erziehen. Mittel dazu sind, wie in derartigen Organisationen üblich, Lagerfeuerromantik und Kameradschaftserlebnisse.

1971 beteiligt sich Rieger an der merkwürdigen "Entführung" von Professor **Berthold Rubin**. Rubin, Mitarbeiter der **"Deutschen National-Zeitung"**, täuschte 1971, vier Tage vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein, sein eigenes Kidnapping vor, um "den Volkszorn auf die Linken zu lenken". Wegen Vortäuschung einer Straftat wurde er zu sechs Monaten Haft verurteilt, ist aber weiterhin mit geschichtsrevisionistischen Publikationen in rechtsextremen Kreisen aktiv.

Rieger wird 1972 Vorsitzender der **"Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung"**. 1974 ist er Rechtsreferendar in Hamburg. Wegen zweimaliger Körperverletzung, begangen bei einer Demonstration der **"Aktion Widerstand"** im Oktober 1970 in Würzburg (2), verurteilte ihn ein Gericht zu einer hohen Geldstrafe. In einer seiner Schriften, die als jugendgefährdend indiziert ist, schreibt er: "Es kann festgestellt werden, welche Rasse für bestimmte Aufgaben besonders geeignet ist (die Weißen z.B. in Berufen, wo Intelligenz verlangt wird, die Neger im Showbusiness)..." (3).

1982 wird Anklage gegen ihn erhoben wegen Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. "Als Rechtsanwalt des ehemaligen Polizei- und SS-Führers von Warschau, Arpad Wigand, hat er zu dessen Verteidigung erklärt, Wigand habe nicht wehrlose Menschen erschießen lassen, wie der Staatsanwalt behauptet; die Tötungen seien deshalb nicht als verbrecherische Taten zu bewerten, weil das Ghetto nur aus hygienischen Gründen errichtet worden sei. Dementsprechend sei es notwendig gewesen, flüchtende Juden zu erschießen, weil sonst die Ausbreitung der Seuche zu befürchten gewesen wäre." (4). Rieger wird, in den ersten Instanzen zu einer Geldstrafe verurteilt, vom Bundesgerichtshof 1987 freigesprochen.

Rieger verteidigt viele Neonazis vor Gericht, unter anderen 1991 in Stuttgart auch den ehemaligen Chef der FAP, Jürgen Mosler, und andere Angeklagte aus "der Bewegung".

Im August 1991 ist Rieger Hauptredner bei einer Neonazi-Demonstration in Bayreuth (Der alljährliche Aufmarsch der Nazis im oberfränkischen Wunsiedel, wo sich das Grab des ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß befindet, war verboten worden). Zuletzt war Rieger neben Meinolf Schönborn führender Kopf der (inzwischen verbotenen) **Nationalistischen Front (NF)**, er zieht weiterhin führend seine faschistischen Kreise.

Anmerkungen: Alle Zitate (1-4) stammen aus: **Kurt Hirsch, Rechts von der Union. Personen, Organisationen, Parteien seit 1945, München 1989**

in wichtigen Teilen zu leichter Beute für faschistisches Gedankengut werden ließ. Die **philosophische Tradition des deutschen Idealismus** zeichnet sich in vielen Bereichen durch unhistorische Sichtweise aus, die insbesondere über die realen gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnisse gern hinweg sah.

Teil dieser geistigen Tradition ist (bis heute), daß "der Soldat" völlig losgelöst von den gesellschaftlichen Konflikten gesehen wird, daß verwischt und geblendet wird, daß Kriege keine "Naturereignisse" und nicht "schicksalhaft" sind, sondern von ganz bestimmten Menschengruppen gewollt und mit ganz konkreten Zielen geführt werden.

Selbst Rieger muß dies (ungewollt) zugeben, wenn er (unausgesprochen) einen der von ihm "Verehrten" zitiert: **Clausewitz**, der den Krieg als "Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" bezeichnete.

Die Aussage trifft zu, nur wird hier nicht gesagt, **wer** denn **wessen** Politik durch den Krieg fortgesetzt!

Systematische Geschichtsfälschung:

Geschichtsfälschung ist in diesem Zusammenhang, wenn Rieger den 1. Weltkrieg als letzten "erlaubten" Krieg bezeichnet.

Er versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob der Erste Weltkrieg vom ganzen deutschen Volk gewollt und deshalb "erlaubt" war. In Wirklichkeit gab es auch gegen den Ersten Weltkrieg eine breite Strömung des Widerstands, insbesondere in der Arbeiterschaft, die genau (zumindest in Teilen) wußte, wer auf den "Feldern der Ehre" seinen "Kopf hinhalten" mußte. "Erlaubt" war der Erste (wie auch der Zweite) Weltkrieg allerdings seitens der herrschenden Kreise in Staat, Monarchie,

Großkapital und großen Teilen des Beamtentums.

Die Trennung des "Soldaten als Helden" von diesen gesellschaftlichen Bezügen ist auch in Schillers "Reiterlied" angelegt, wo es heißt:

"Der dem Tod ins Angesicht schauen kann, der Soldat allein ist der freie Mann."

Die "Freiheit", die hier gemeint ist, hat nichts mit sozialer Befreiung zu tun, sondern meint die "Freiheit", auf dem "Feld der Ehre" zu "fallen".

(Nebenbei, wenn Rieger von der "Ehrenhaftigkeit" spricht, bezieht er sich auf das lateinische "dulce et decorum est pro patria mori" = süß und ehrenhaft ist es, für das Vaterland zu sterben" - auch bei den Römern schon Ausdruck verlogener Herrschaftsideologie).

Doch Friedrich Schiller muß man vor der Vereinnahmung durch die Faschisten in Schutz nehmen, andere deutsche "Geister" sind dagegen um so eher als "Wegbereiter" zu nennen, so

der schon erwähnte Ernst Jünger, so vor allem der (von Rieger erstaunlicherweise nicht zitierte) **Friedrich Nietzsche**. Dabei hat dieser im Grunde alles schon vorher und teilweise besser ausgedrückt. So heißt es bei Nietzsche u.a.:

"(...)Das ist das Zeichen starker, voller Naturen, in denen ein Überschuß plastischer, nachbildender, ausheilender, auch vergessenmachender Kraft ist (...). Ein solcher Mensch (Nietzsche spricht von der "Rasse" der "Vornehmen") schüttelt eben viel Gewürm mit einem Ruck von sich, das sich bei anderen eingräbt; hier allein ist auch das möglich, gesetzt, daß es überhaupt auf Erden möglich ist - die eigentliche "Liebe zu seinen Feinden". Wieviel Ehrfurcht vor seinem Feinde hat schon ein vornehmer Mensch! (...) Er verlangt ja seinen Feind für sich, als seine Auszeichnung, er hält ja keinen anderen Feind aus, als einen solchen, an dem nichts zu verachten und sehr viel zu ehren ist!"

(in: F. Nietzsche, Zur Genealogie der Moral, 1887).

Friedrich Nietzsche ist auch einer der von den Faschisten "verarbeiteten" "Denker", obwohl auch er von sich weisen würde, als Wegbereiter des Faschismus bezeichnet zu werden.

Es ist auch von untergeordneter Bedeutung, wofür er sich selber hält. Entscheidend ist, daß die geistige Tradition des "Herrnmenschen", des "Soldatentums" als "Wert an sich" in Deutschland eine breite Tradition hat, die bis heute ungebrochen ist.

Neben dem Versuch, geistesgeschichtliche Zusammenhänge zum eigenen Rassismus zu konstruieren, ist bei Rieger (wie bei anderen Nazis) das hauptsächlichste Mittel das der Geschichtsfälschung - wohl wissend, daß dies in Deutschland nicht verboten ist und er sich

dabei in "guter" Gesellschaft befindet.

"Entsorgung" des Zweiten Weltkriegs

Hauptziel seines Artikels ist ja nicht oder nicht nur, den Krieg zu verherrlichen, es geht ihm besonders darum, den **Zweiten Weltkrieg**, den faschistischen Weltkrieg zu "entsorgen". Und das geht folgendermaßen:

Eigentliche Verursacher des Zweiten Weltkriegs waren "die Amerikaner und die Russen" - und dies einige Jahre vor Ernst Noltes "Entsorgungsversuchen": "Um Deutschland wieder zu einer Mittelmacht herabzudrücken, mußte gegen es Krieg geführt werden, der offiziell verboten war. Da der Krieg nur noch bei einer moralischen Schuld des anderen geführt werden darf, muß zur Rechtfertigung des eigenen Verhaltens der andere verteuft werden. Diese Propaganda hat zunächst nur den Zweck, das eigene Verhalten vor dem Volk als gerechtfertigt darzustellen; es führt dann aber dazu, daß das Volk einen tiefen Haß gegen das andere ergreift. Dieser Haß verleitet es zu Unmenschlichkeiten gegen das andere Volk während des Krieges; (...) Bereits vor dem zweiten Weltkrieg hatte Roosevelt diese Haßpropaganda gesteuert; im Krieg führte sie zur Forderung der "bedingungslosen Kapitulation" gegenüber Japan, Italien und Deutschland. Diese Forderung machte einen vorzeitigen Friedensschluß unmöglich, zumal gleichzeitig in Amerika die Pläne für die Behandlung eines geschlagenen Deutschlands verbreitet wurden. Diese reichten von der Zerstückelung Deutschlands und Abtretung zahlreicher Randgebiete über die Entfernung jeglicher Schwerindustrie (Morgenthau-Plan) bis zur Auffassung von Nathan Kaufmann, daß alle Deutschen sterilisiert werden müßten."

Anzeige



CAFE IM LANGEN AUGUST



Mo-Fr 10-22 Uhr

So 10-19 Uhr

Braunschweiger Str. 22/Nordmarkt

46 Dortmund 1 Tel 83 01 47

Es ist schon besonders zynisch, wenn einer, der die Naziverbrechen systematisch leugnet bzw. umlügt in ehrenhafte Kriegführung (daß "die deutschen Soldaten die wenigsten Kriegsverbrechen aller beteiligten Völker begangen haben"), anderen das Greuelmärchen von der geplanten "Sterilisierung aller Deutschen" anhängt.

Wichtiger ist, daß hier gegen jegliche geschichtliche Erkenntnis und auch gegen die völkerrechtlich verbindlichen Urteile einer daherkommt und Deutschland als das Land, das von außen angegriffen wurde (hier von den USA), bezeichnet.

Beweise hat er (selbstverständlich) keine, also müssen Ablenkungsmanöver gefahren werden, um den dumpfen deutschen Nationalismus zu mobilisieren:

"Dies hat selbstverständlich - ebenso wie der unmenschliche Bombenkrieg, der ein Vorbote dessen war, was die "Boten der Humanität" den Deutschen nach Kriegsende bringen würden - zu einem fanatischen Durchhaltewillen im deutschen Volk geführt und deshalb den Krieg verlängert."

Man traut seinen Augen nicht. Das war also "fanatischer Durchhaltewillen", wenn beim geringsten Anzeichen (Feindsender hören, Wehrkraftzersetzung, etc) von "Kriegsmüdigkeit" Menschen erschossen wurden? Das waren also allein und zuerst die alliierten Truppen, die massiv Bombenangriffe flogen? Da hat nicht die deutsche faschistische Führung bis zum Schluß auf die "Wunderwaffe" gehofft, nämlich massive Raketenangriffe auf England durch die V 2?

Lassen wir das. Zitieren wir zum Schluß noch einmal (mit Jürgen Rieger) den geistigen Ziehvater **Ernst Jünger**:

"Wenn man dereinst auch nicht mehr verstehen wird, wie ein Mann für sein Land das Leben geben konnte - und diese Zeit wird kommen - dann ist es vorbei. Dann ist die Idee des Vaterlandes tot. Und dann wird man uns vielleicht beneiden...Denn alle diese großen und feierlichen Ideen blühen aus einem Gefühl heraus, das im Blut liegt und nicht zu erzwingen ist. Im kalten Licht des Verstandes wird alles zweckmäßig, verächtlich und fahl." ("In Stahlgewittern", S. 282).

Dies erscheint auch Rieger als das "Schreckgespenst" unserer Tage, daß die Kriegsbegeisterung nicht mehr genügend zu mobilisieren sein könnte:

"Hier greift eine breite, friedliche und pöbelhafte Woge alle Energien an und sucht sie auszulaugen. Hier wird das Leben als ein Genuß und vor jeder Idee rangierender Wert verkündet, das Dasein selbst als höchstes Gut anerkannt und dem Staat nicht mehr das Recht eingeräumt, seine Angehörigen zu opfern."

Stimmt, dies Recht, uns "zu opfern", wollen wir dem Staat tatsächlich streitig machen.

Allerdings haben die Ausführungen Riegers, die er immerhin schon 1985 zum Schlechtesten gegeben hat, inzwischen mehr Anhänger gefunden, auch diese Regierung hat seit "unserem ersten Gefallenen" in Kambodscha und "unserem ersten ehrenvollen Einsatz in Somalia" die Bereitschaft verstärkt, Kriege wieder als selbstverständlich, natürlich und schicksalhaft zu akzeptieren.

Soviel für heute zu einigen geistigen Aspekten bei der Auseinandersetzung mit den heutigen Faschisten und einem ihrer Führer, dem **Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger**.

Stephan W. Born



Wie Rieger sich sieht

EINE HAND WÄSCHT DIE ANDERE

Nachrichtenaustausch zwischen der deutschen Polizei und den türkischen Auslandsvertretungen gilt als sicher

Wenn bislang nur angenommen werden konnte, daß türkische Auslandsvertretungen (Botschaften, Konsulate) in Deutschland und die deutsche Polizei miteinander kooperieren, so gibt es nun direkte Beweise dafür.

Derartige Nachrichtenkontakte sind jetzt rückwirkend bis 1990 im Zusammenhang mit Protestaktionen von KurdInnen vor türkischen Generalkonsulaten festgestellt worden

In drei Fällen - ESSEN, MÜNSTER und DÜSSELDORF - wurden im Zeitraum zwischen 1990 und 1993 Lichtbilder sowie Kameraaufnahmen seitens türkischer und deutscher Behörden angefertigt. Diese wurden in unterschiedlicher Form zwischen den beteiligten Behörden ausgetauscht. Derartige Zusammenarbeit führte dazu, daß den türkischen Botschaften durch die deutschen Behörden Namen und Lichtbilder von "exilpolitisch aktiven Menschen" bekannt gemacht worden sind. Das hat zur Folge, daß in Deutschland aktive MigrantInnen nun auch in der Türkei nach dem Anti-Terror-Gesetz verfolgt werden können. Weitere Kanäle der Verfolgung sind nicht ausgeschlossen - bis zurück nach Deutschland.

Vorbemerkung

Das dem folgenden Artikel zugrundeliegende Material wurde der Redaktion zugespielt. Aktenzeichen der zitierten Texte sind uns bekannt.

in **ESSEN** protestierten Kurdinnen und Kurden am 23.3.1990 vor dem türkischen Generalkonsulat. Dabei wurden 15 von ihnen festgenommen. Noch am selben Tag stellte der türkische Generalkonsul **ÖNDER ALABEYI** in Essen Strafantrag "wegen Nötigung und Beleidigung des türkischen Staates gegen die durch die Polizei festgestellten Personen".

Fast ein Jahr darauf wurden, wie es aus einer Telex-Meldung der Polizei vom 28.2.1991 hervorgeht, am 27. Februar 1992 dem türkischen Generalkonsul im türkischen Generalkonsulat "alle Lichtbilder der Tatverdächtigen aus der Ermittlungsakte vorgelegt." Weiter heißt es in dieser Telex-Meldung: Bei der anschließend durchgeführten Personalienüberprüfung leistete einer der "täter den einschreitenden polizeibeamten widerstand, indem er sich durch ruckartiges ziehen und herumschmeißen des körpers aus dem polizeigriff zu entziehen versuchte, als ihm dies gelungen war, nahm er eine boxerstellung ein und versuchte dadurch die beamten zu bedrohen." In Punkt 3. des Telex wird zusätzlich bemerkt, daß der türkische Generalkonsul **ÖNDER ALABEYI** "strafantrag wegen noetigung und beleidigung" stellte sowie "das verbrennen der nationalflagge (...) als beleidigung und verunglimpfung des tuerkischen staates und seiner symbole, und insbesondere seiner eigenen person empfunden" hat.

In **MÜNSTER** fanden am 24.3.1992 Protestaktionen von Kurdinnen und Kurden vor dem

türkischen Generalkonsulat statt. Danach ließ der türkische Generalkonsul durch seinen Verfahrensbevollmächtigten, Rechtsanwalt Brüssow aus Köln, am 2. Juni 1993 Strafantrag stellen, woraufhin das türkische Generalkonsulat in Besitz der Ermittlungsakten gelangte. Dadurch wurden ihm die Namen von 164 Demonstrierenden bekannt, gegen die ein Sammelverfahren eröffnet wurde. An der Protestkundgebung nahmen auch Frauen und Kinder teil. Aus der Akte des Staatsanwaltes in Münster geht hervor, daß der Anlaß der Protestaktion vor dem Konsulat "ein Beitrag im Deutschen Fernsehen gewesen (war), in welchem über ein Vergehen türkischer Sicherheitskräfte gegen Kurden berichtet worden sein soll. Angeblich sollen bei Auseinandersetzungen wenige Tage vor dem 24.3.199(2) zahlreiche Kurden getötet worden sein." Weiter heißt es: "Während des polizeilichen Einsatzes wurden mehr als 300 Lichtbilder und ein Videofilm angefertigt." Zum Videofilm, der später als die Lichtbilder angefertigt wurde, wird angemerkt: "Angriffe auf das Generalkonsulat sind auf dem Videofilm nicht zu sehen."

Am 24. Juni 1993 wurde in **DÜSSELDORF** vor dem türkischen Generalkonsulat protestiert. Die Polizei nahm drei kurdische Männer fest. Auch in diesem Fall wurden Angehörigen des türkischen Generalkonsulats Lichtbilder der Demonstrierenden vorgelegt. Desweiteren hat in diesem Fall der türkische Generalkonsul selbst mit einer Videokamera gefilmt und die Filmaufnahmen der

deutschen Polizei ausgehändigt. In den Akten des Präsidialbüros II (politisches Kommissariat, ehemals K 14) vom 22. Juli heißt es: "Die Lichtbildmappe wurde zuvor der Lichtbilderstelle des Erkennungsdienstes beim PB Düsseldorf entsprechend zusammengestellt. (...) Auf der rechten Seite wurden 20 Bilder von südländisch aussehenden Personen gesteckt, die in der Zeit von 1991 bis 1993 erkennungsdienstlich behandelt worden waren." Während des erkennungsdienstlichen Vorganges erkannten nicht alle "Sicherheitskräfte des Generalkonsulats" die Verdächtigen wieder. Aus einer weiteren Akte vom selben Tag geht hervor, daß dem Präsidialbüro II seinerseits "von dem Vizekonsul ein Videofilm (Video 8) als Beweismittel zum Überspielen ausgehändigt" wurde. Bislang funktionierte der Überspielvorgang jedoch nicht, da "es weder beim PP D dorf (Polizeipräsidium Düsseldorf) noch beim LKA/NW (Landeskriminalamt), noch bei der Landeskriminalschule eine Videofilmkamera gibt, die eine Überspielung mit gleicher Geschwindigkeit wie die Originalkassette sie vorgibt, möglich macht." Deshalb wurde das "Beweismittel" wieder an den Vizekonsul zurückgegeben mit der Bitte, "dort die Originalkassette auf eine VHS-Kassette mit der Originalvideokamera zu überspielen." Der Konsul sicherte zu, der Bitte nachzukommen. Neben der nachweislichen Zusammenarbeit zwischen türkischen und deutschen Behörden ist auffallend, daß der Generalkonsul ÖNDER ALABEYI aus Essen nach seiner Vernehmung kein Vernehmungsprotokoll unterschreiben wollte, wie es aus der Akte des Präsidialbüros II in Essen vom 28.2.1991 hervorgeht. Sein Münsteraner Vize-Kollege war noch nicht einmal bereit, bei der Lichtbildervorlage seine Personalien anzugeben. Er gab "sicherheitsrechtliche Bedenken" an und verwies darauf, daß sein Vorgesetzter bis Anfang August 1993 in Urlaub sei, von dessen Entscheidung die Personalienweitergabe abhinge.

Die Hintergründe nachrichtendienstlich geschützter Namen, auch zwischen Behörden, dürften spätestens seit der Einführung des türkischen Anti-Terror-Gesetzes bekannt sein. Zumeist handelt es sich nämlich bei den geschützten Daten um Personen türkischer Nachrichten- und polizeilicher Sicherheitsorgane. Bis heute ist es schließlich noch nicht bekannt, wie die riesigen Waffenarsenale in die türkischen Botschaften von München und Bern kamen. Von den Kurdlern zumindest nicht, die unbewaffnet dort demonstrierten und sich im Falle Münchens massiv Zugang zur Botschaft verschafften. Allein ihre Aktion vom 24. Juni machte der deutschen Öffentlichkeit deutlich, welche geheimen Waffenar-

senale sich hinter türkischen Botschaftstüren auf deutschem Territorium verbergen.

(Noch nicht eindeutig geklärt sind Aussagen in bis heute versandten Erklärungen, vor welchem Hintergrund zur Ramadanzeit dieses Jahres in Hamburg ein türkischer Botschaftsangestellter für Religionsangelegenheiten in einen Schußwechsel verwickelt war, der für ihn tödlich endete. Nach dem rassistisch motivierten Anschlag auf eine türkische Familie in Mölln hieß es in der Presse anfangs noch, daß mittlerweile die deutsche Polizei selbst vor türkischen Botschaftsangehörigen nicht Halt mache, wenn es um rabiante Verfolgungsmaßnahmen gegen Nichtdeutsche gehe. Doch dann stellte sich heraus, daß der Botschaftsangestellte für Religionsfragen kurz zuvor auf St. Georg einen Landsmann erschossen hatte. Dieser war mit ihm an diesem delikaten Ort in Drogen- und Prostitutionsgeschäfte verwickelt. Auch der Waffenbesitz des Religionsattachés blieb ungeklärt.)

Korrespondenz von Terre des Femmes Bochum

Kurdistan-Rundbrief

Das Bulletin der Kurdistan- Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees
erscheint alle 14 Tage
die aktuellste deutschsprachige Publikation

berichtet

- * aus Kurdistan
- * über die Solidaritätsbewegung
- * von den Kurdenkongressen
- * Dokumente
- * u.v.a.

mindestens 8 Seiten

26mal im Jahr

Jahresabonnement 52,- DM

Buch- und Infoläden bekommen 30% Rabatt, andere Weiterverkäufer bekommen das Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:

GNN-Verlag
Zülpicher Str.7
Postfach 260226
5000 Köln 1

Überweisungen an:

BfG Köln,
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00
oder an
Postgiroamt Köln,
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Hiermit abonniere ich Exemplare des Kurdistan-Rundbrief

.....
.....
.....

Ausschneiden u. schicken an:

GNN-Verlag,
Zülpicher Str.7,
50674 Köln 1

HAT DIE DEUTSCHE REGIERUNG DAS RECHT, DEN KURDISCHEN FREIHEITSKAMPF ZU VERBIETEN ?

Die deutsche Regierung betrachtet sich selbst als legitime Vertretung des deutschen Volkes, das durch freie Wahlen von seinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch gemacht hat. Diese Selbstbestimmung ist ihrer Logik zufolge erst wirksam geworden, nachdem der zweite deutsche Staat seinen Bankrott erklärt hat. Wenn man im Nachhinein etwa einen Markus Wolf wegen seiner Geheimdiensttätigkeit für die DDR verurteilt, so deswegen, weil er sich an dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes vergangen haben soll. Sonst ergäbe seine Verurteilung keinen Sinn.

Selbstbestimmungsrechte

Nun sollte man meinen: Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Wenn also das deutsche Volk ein Selbstbestimmungsrecht hat, müßten andere Völker auch ein solches Recht haben. Wenn man anderes meint, setzt man sich dem Verdacht eines Nationalismus aus, der das eigene Volk als höherwertig als andere betrachtet und ihm von daher mehr Recht als anderen Völkern zugesteht. Dann aber hängt dieses Recht von anderen Maßstäben als denen der grundsätzlichen Gleichheit in den Beziehungen der Völker zueinander ab.

Diese Frage stellt sich in aller Deutlichkeit bei der Beziehung des deutschen zum kurdischen Volk. Bekanntlich begünstigt die deutsche Regierung seit etlichen Jahren die Lieferung von Waffen an den türkischen Staat. Dieser bekämpft damit das kurdische Volk, das sein Selbstbestimmungsrecht beansprucht. Die deutsche Regierung hat in der Vergangenheit auch Waffenlieferungen an den Irak begünstigt, der damit unter anderem ebenfalls das kurdische Volk bekämpft und dessen Selbstbestimmungsrecht mit Füßen getreten hat.

Bis zu dem Zeitpunkt, als die USA-Regierung und ihre

Alliierten den Golfkrieg gegen den Irak vom Zaum brachen, wurde von Seiten der deutschen Regierung selbst die Existenz eines kurdischen Volkes geleugnet. Erst die Tatsache, daß die USA versuchten, die kurdische Bevölkerung gegen die Regierung in Bagdad aufzuwiegen, hat allmählich hier einem Umdenken Platz gemacht.

Die Waffenlieferungen an den Irak haben, auch wenn sie vorher von der deutschen Regierung erlaubt worden waren, inzwischen dazu geführt, daß sich einige der Lieferanten der Strafjustiz unterwerfen mußten. Auch die Waffenlieferungen an die Türkei stehen in einem schlechten Ruf. Wenn mal wieder ruchbar geworden war, daß deutsche Waffen gegen das kurdische Volk eingesetzt werden, sah sich die deutsche Regierung stets zu Mimikri gezwungen: Entweder wurde beteuert, daß man von alledem nichts gewußt habe, oder man zog gar ein zerrissenes Tischtuch zwischen Bonn und Ankara hervor, das als Flagge geschwenkt wurde, jedoch dann, wenn das Thema aus der Öffentlichkeit verschwunden war, bis zum nächsten Gebrauch in der Schublade verschwand.

Gleichzeitig aber wurde einiges unternommen, um den kurdischen Freiheitskampf in

Mißkredit zu bringen. Zunächst einmal ist die Berichterstattung über das, was sich in Kurdistan abspielt, hierzulande außerordentlich spärlich. Und wenn mal berichtet wurde, dann war das meist mit falschen Untertönen verbunden. Deutschland sollte damit möglichst nichts zu tun haben.

Die deutsche Regierung und ihre Haltung zur PKK

Insbesondere im Hinblick auf die Befreiungsorganisation PKK waren die offiziellen Verlautbarungen immer zugleich ein versteckter Ausdruck von Selbstrechtfertigung. Wenn schon Schuld zugegeben wurde, dann war es Schuld des türkischen Staates, nicht des deutschen. In der Praxis jedoch wurden die politischen Positionen der türkischen Regierung immer auch in Deutschland angewandt, wenn auch etwas weniger kraß, denn man ist ja hier weitab von der Kriegsfrente.

Aber schon da beginnt es: Offiziell wird bis heute geleugnet, daß in Kurdistan Krieg geführt wird. Offiziell heißt es immer nur, daß der türkische Staat Terroristen bekämpft. Seit Jahren kann man im Verfassungsschutzbericht der Bonner Regierung nichts anderes lesen. Dort wird die PKK immer nur als terroristische Vereinigung dargestellt. Und das ist schließlich ein Dokument, in dem über Jahre hinweg die Position der deutschen Regierung zur Frage des kurdischen Freiheitskampfes offen und ungeschminkt, selbstverständlich auch mit entsprechend deutlicher Rechtfertigung des Vorgehens des türkischen Staates, zum Ausdruck kommt. Die PKK war ja hier auch nie erlaubt worden. Im Gegenteil: In

mehreren Schauprozessen, insbesondere im Düsseldorfer Prozeß, wurde seit Jahren versucht, diese Partei oder Teile derselben zu einer kriminellen Vereinigung zu erklären. Trotz vollmundiger Erklärungen in der Öffentlichkeit war das aber nie gelungen.

Nun plötzlich werden einige Aktionen, die der PKK zugeschrieben werden, benutzt, nicht um die PKK zu verbieten, denn diese war ja nie erlaubt, sondern um kurdische Vereine zu verbieten, die sich für den kurdischen Befreiungskampf engagiert haben. Man erklärt diese Vereine schlicht und einfach zu Nebenorganisationen der PKK, wobei man hier oder da die Tatsache heranzieht, daß einzelne Mitglieder auch zur PKK gerechnet werden - diese sollen offenbar nirgendwo politisch Fuß fassen dürfen - oder aber ein anderes Indiz wird geltend gemacht: Verboten werden auch solche Vereine, die 1992 ihre Räume für die Durchführung von Wahlen zu einem kurdischen Nationalparlament zur Verfügung gestellt haben. Diese Wahlen wurden überall dort durchgeführt, wo es vergleichsweise viele Menschen kurdischer Nationalität gibt. Im "Ausnahmestandsgebiet Südosten"

(Nordkurdistan), wo der Krieg gegen das kurdische Volk geführt wird und für das die von der türkischen Regierung offiziell angezeigte Außerkraftsetzung der Menschenrechte durch den türkischen Staat die stillschweigende Billigung der Europäischen Gemeinschaft gefunden hat, war das objektiv kaum möglich. In einigen europäischen Staaten fanden dagegen solche Wahlen ungehindert statt.

Nicht so in Deutschland: Hier waren sie verboten worden, weil sie als Eingriff in die Hoheitsrechte des deutschen Staates betrachtet wurden. Der Verfassungsschutzbericht erinnert hier

an eine Abmahnung, die bei Nichtbefolgung Sanktionen nach sich zieht. Denn: Deutschland gewährt Menschen aus anderen Ländern, auch wenn sie hier schon jahrelang wohnen oder gar hier geboren sind, keine politischen Rechte. Diese Menschen haben weder Rechte einer deutschen Staatsbürgerschaft noch das Recht, auf deutschem Boden Rechte ihrer eigenen Nation wahrzunehmen, es sei denn, dies ist offiziell erwünscht.

Asylrecht und Selbstbestimmungsrecht

Ein Asylstatus, falls er ihnen zugestanden wird, wird also auf das Leben als bloßes Individuum beschränkt, das nicht als Zoon politikon (Wesen mit politischen Eigenschaften) anerkannt wird. Sie dürfen also nicht einmal öffentlich erklären, warum sie Asyl bekommen haben, wenn das offiziell nicht erwünscht ist. Ja, sie müssen sich sogar damit abfinden, daß zwischen dem deutschen Geheimdienst und dem Geheimdienst des Landes, aus dem sie geflohen sind, freundschaftliche Bande gepflegt und Informationen auch über sie ausgetauscht werden. Ein informationelles Selbstbestimmungsrecht, wie es anläßlich der letzten Volkszählung in Deutschland formuliert worden ist, steht ihnen nicht zu. Sie sind gleichsam Verwaltungsobjekte einer Art Caritas. Das Menschenrecht auf Asyl wird damit zu einem Gnadenerweis uminterpretiert, der in das Belieben des Staates fällt.

Erwünscht beispielsweise war die Wahrnehmung des Wahlrechts für Menschen aus Kroatien, als es darum ging, den Staat Kroatien ins Leben zu rufen. Da war Deutschland sehr behilflich und hat auch die Aufstellung von Wahlurnen auf deutschem Boden ermöglicht. Denn man erwartete, daß dabei

ein Staat entstand, den man in den eigenen Einflußbereich einbeziehen konnte.

Der deutsche Staat und seine Gegner

Grundsätzlich ist der deutsche Staat bei der Bekämpfung derjenigen, die er als Gegner ausgemacht hat, längst nicht so hilflos wie etwa gegenüber den deutschen Faschisten. Die FAP, die z.B. eigene Mitglieder auf Seiten der kroatischen Faschisten auf dem Kriegsschauplatz im ehemaligen Jugoslawien eingesetzt hat, machte sich damit offenbar hier nicht strafbar. Sie haben dort gelernt, die moslemischen Bosnier als "Türken" zu bekämpfen, und als sie wieder in Deutschland waren, war es für sie kein ideologischer Bruch, die Terrorisierung von Menschen türkischer Nationalität auf deutschem Boden fortzusetzen. Das großartig verkündete Verbot dieser Partei läßt selbstverständlich so lange auf sich warten, bis diese Partei durch eine neue ersetzt ist.

Bei den kurdischen Vereinen dagegen kann man schneller zulegen: noch bevor man das Verbot der PKK verkündet hat.

Die PKK ist sicher keine Organisation, die ihre Gegner oder Abtrünnige aus den eigenen Reihen mit Samthandschuhen anfaßt. Man darf auch Zweifel anmelden, ob die Kriterien, nach denen sie bestimmte Menschen zu Verrätern erklärt, unter dem Gesichtspunkt der Befreiung des kurdischen Volkes aus der Knechtschaft überzeugend sind. In der Tat ist es wiederholt türkischen Geheimdienstleuten gelungen, bis in die Führungsspitzen der PKK vorzudringen, ehe sie enttarnt wurden. Auch einige Handlungsweisen auf deutschem Boden waren nicht gerade von politischer Weitsicht geprägt, sondern eher ein Ausdruck von Verzweiflung. Dies gilt insbesondere für die den

kurdischen Vereinen angelasteten Anschläge auf türkische Einrichtungen. Zumindest soweit diese darauf zielten, in den hiesigen Medien eine Berichterstattung über die Anlässe dazu zu erzielen, waren sie in aller Regel gescheitert. Daher fiel es denen, die nun ihr Verbot durchgesetzt haben, leicht, mit Hilfe der Gleichsetzung von Zerstörung von Sacheigentum etwa mit Mord unter der Vokabel "Gewaltaktionen" die Menschen hierzulande nicht nur gegen einzelne Straftäter, sondern auch gegen deren politisches Anliegen zu mobilisieren. Das erleichtert es der deutschen Regierung, plausible Argumente gegen die kurdischen Freiheitskämpfer zu propagieren und die eigentliche Verbotsbegründung - daß man nämlich einen Beitrag zur Neuen Weltordnung im Nahen Osten leisten und die dort bestehenden Staatsgrenzen nicht antasten lassen will - als Verpflichtung gegenüber dem Gedanken der Völkerverständigung erscheinen zu lassen, gegen den die "Täter" verstoßen hätten.

Trotzdem ist der Kampf der PKK und der Organisationen, die von ihr ins Leben gerufen wurden oder mit ihr zusammenarbeiten, für die Befreiung des kurdischen Volkes ein gerechter Kampf. Wenn man Maßstäbe des Völkerrechts anwendet.

Staatsräson und Waffenhandel

Anders freilich sieht die Sache aus, wenn man von einem übergeordneten Recht der deutschen Staatsräson ausgeht, die ihre Felle in der Türkei nicht wegschwimmen lassen will. Dann freilich gibt es kein Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes, und wer sich dafür in Deutschland einsetzt, verletzt Hoheitsrechte des deutschen Staates. Auch wenn er selbst Deutscher ist, denn das Verbot erstreckt sich ja auch auf

deutsche Solidaritätsgruppen, die etwa die Waffenhandel publik gemacht haben. Betroffen ist selbst die taz, der man ja nun wirklich nicht unterstellen kann, PKK-freundlich zu sein.

PKK-Verbot richtet sich auch gegen uns

An der Polizeiaktion gegen die taz wird deutlich, daß es beim PKK-Verbot auch um einen Eingriff in unsere eigenen Freiheitsrechte geht. Man will damit auch den politischen Gegner in Deutschland treffen. Ein Faktum, das bereits in der Verbotsbegründung mit im Visier ist, wenn die PKK als eine kommunistische Organisation hingestellt wird. Ob sie das ist, ist hier nicht wichtig. Wichtig ist, daß in dieser Verbotsbegründung dem Kommunismus der Kampf angesagt wird, daß so ein Präjudiz geschaffen wird, mit dessen Hilfe man dem Kommunismus auch im deutschen Volk zu Leibe rücken will. Mit "Kommunismus" ist hier all das gemeint, was über kapitalistische Ausbeutung und imperialistische Unterdrückung der Völker - auch des deutschen Volkes - hinausweist und damit die hierzulande bestehenden Herrschaftsverhältnisse in Frage stellt. Denn die Herrschenden wissen sehr genau, daß sie auf Dauer auch das deutsche Volk nicht werden mit "friedlichen" Mitteln, d.h. mit Betrug, bei der Stange halten können. Da müssen schon mal Eckpfeiler für den eigenen Machterhalt gesetzt werden. Das PKK-Verbot ist solch ein Eckpfeiler.

Denn daß die PKK gegen den Imperialismus gerichtet ist, wird wohl niemand ernsthaft bestreiten.

Daß solche Hintergedanken keineswegs einfach von der Hand zu weisen sind, zeigt der Vorstoß von CSU-Stoiber nach den Kommunalwahlen in Brandenburg, die PDS zu verbieten, weil

sie mehr Stimmen als die CDU bekommen hat.

Bekanntlich ist Wissen Macht. Das Wissen über die tatsächlichen Verhältnisse in Kurdistan und über die konkrete Verwicklung des deutschen Staates und deutscher Politiker und Manager in diese Verhältnisse könnte das deutsche Volk dazu befähigen, statt den Vorverurteilungen derer, die hier ihren Wissensvorsprung mißbrauchen, glauben zu müssen, sich selbst ein Urteil zu bilden. Ein solches Urteil aber würde zu Ergebnissen führen, wie sie angesichts der Verwicklung deutscher Politiker und Manager in die Verhältnisse im Irak deutlich geworden sind. Es würde die Verhältnisse auch hierzulande wieder ein wenig zum Tanzen bringen. Das fürchten diejenigen, die Ruhe an der Heimatfront brauchen und die hierzulande auch über die Kommunikationsmedien verfügen. Indem sie dazu beitragen, dem kurdischen Volk sein Selbstbestimmungsrecht zu verweigern, müssen sie in dieser Frage auch das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes beschneiden. Das kann man am besten, wenn es das nicht merkt. Dann kann man sein eigenes Wissen, das man dem Volk vorenthält, als Macht gegen es einsetzen.

Fazit:

Wenn man das rechtlich mißt, kommt man nicht umhin festzustellen, daß es sich dabei allerdings um das Recht dessen handelt, der die Macht hat. Eine höhere Berufungsinstanz kann er nicht geltend machen.

Kurz: Diese Verbotsmaßnahme ist kein Ausdruck demokratischer Legitimität, sondern ein weiterer Schritt dieses Staates nach rechts, in Richtung Faschismus. **KD**

ERKLÄRUNG DER REDAKTION DER ANTIFAZ

In der **November/Dezember-Ausgabe** unserer Zeitschrift (**Nr. 44**) schrieben wir im Editorial, "daß die PKK zunehmend eine Politik betreibt, die in vielen Punkten nicht mehr unterstützbar ist: Die Erschießung von Mitgliedern der TDKP, das Verbot jeglicher journalistischer Tätigkeit sind niemandem mehr vermittelbar, um nur zwei Beispiele zu nennen."

Zu dieser Formulierung nehmen wir **selbstkritisch** Stellung:

Es war einhelliges Ergebnis einer längeren Debatte in der Redaktions, daß unsere Zeitschrift zuerst ausgiebig die Stellungnahmen der verschiedenen Organisationen zu dem angesprochenen Ereignis auswerten wollte, bevor wir dazu inhaltlich Stellung nehmen.

Der angesprochene Satz widerspricht diesem Beschluß, insbesondere als in der vergangenen Ausgabe keinerlei sonstige Stellungnahme veröffentlicht wurde.

Daß die Ursache für den Fehler zwar in seiner konkreten Entwicklung durch eine Reihe organisatorischer Probleme zu suchen ist, ändert an seinem politischen Schaden nichts.

(das ursprüngliche Editorial enthielt diesen Satz nicht und auch keinerlei Stellungnahme, es ging in der Druckerei verloren, woraufhin in aller Eile ein neues Editorial erstellt wurde).

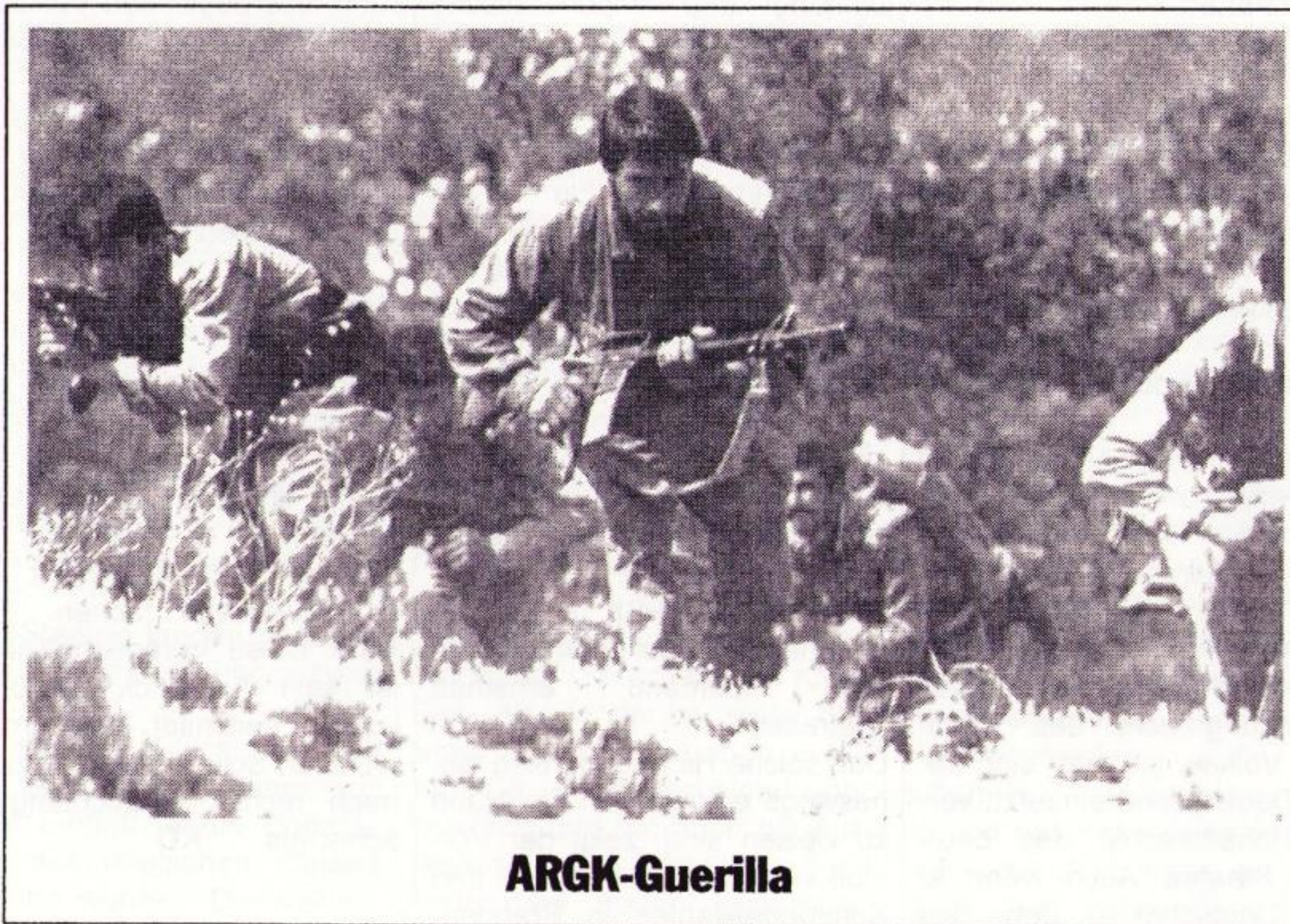
Wir wollen durchaus nicht verschweigen, daß es in der Beurteilung dieser Ereignisse, auch in der Beurteilung der Politik der PKK, sehr unterschiedliche Auffassungen bei den Redaktionsmitgliedern gibt - das ist nicht zu kritisieren und ist auch in einer Reihe anderer Fragen so gewesen und wird es auch in Zukunft sein.

Zu kritisieren ist allerdings, daß dieser Tatsache im vorliegenden Beispiel nicht Rechnung getragen wurde.

In Zukunft wollen wir u.a. dadurch, daß das Editorial abwechselnd von den Redaktionsmitgliedern geschrieben wird, derartige Fehler vermeiden.

In der vorliegenden Ausgabe sind nun zum einen die wichtigsten Stellungnahmen der verschiedenen Organisationen abgedruckt (teilweise in Auszügen).

Zudem setzen sich **verschiedene Artikel** (von **TAS** und **KD**) in unterschiedlicher Weise mit dem Problem auseinander, weitere werden folgen, die hoffentlich auch das Spektrum der unterschiedlichen Positionen der Redaktionsmitglieder der AntifaZ zu den Ereignissen in **TUNCELI/DERSIM** deutlich machen.



ARGK-Guerilla

ÜBER DIE ANGRIFFE EINIGER CHAUVINISTISCHER TÜRKISCHER GRUPPEN GEGEN DEN BEFREIUNGSKAMPF IN KURDISTAN

In den letzten Wochen sind Flugblätter und Erklärungen unter dem Namen TDKP (Revolutionäre Kommunistische Partei Türkei), Revolutionäres Kurdistan-Komitee und DIDF über den Nationalen Befreiungskampf des kurdischen Volkes und über die PKK verbreitet worden. Sie geben nicht die Realität wieder. Ihren Behauptungen zufolge seien in dem Gebiet Dersim 6 ihrer Mitglieder von Guerillas der Nationalen Befreiungsarmee Kurdistans (ARGK) getötet worden. Die TDKP betrachtet diese Personen als ihre Mitglieder.

In diesem Zusammenhang hat die Hauptkommandantur der ARGK und die Kommandantur von Dersim Erklärungen abgegeben. Danach hat sich das Ereignis folgendermaßen entwickelt

(Vorbemerkung aus Kurdistan-Rundbrief; nicht Stellungnahme der AntifaZ-Redaktion!)

Anfang Oktober werden 3 ARGK-Guerillas, unter denen sich auch ein Kommandant befindet, von einem Todesschwadron, der in die Guerilla-Einheit eingeschleust wurde, ermordet. Nach der Tat flüchtet der Mörder und versteckt sich in dem Haus des Oberbürgermeisters von Dersim, Mehmet Kocademir. Daraufhin werden wichtige Beweisstücke gefunden, die den sich stets als Demokraten ausgebenden Oberbürgermeister Kocademir als einen Agenten des türkischen Staates entlarven. Die ARGK-Kommandantur hat die Bevölkerung darüber aufgeklärt und verlangt, daß Kocademir sich stellt. Daraufhin hat eine Gruppe, die behauptet hat, sie handle im Auftrag der TDKP, am 10. Oktober d.J. in der Nähe des Dorfes Kilise einer ARGK-Einheit eine Falle gestellt. Die Gruppe wollte den Oberbürgermeister schützen. Es kommt zu bewaffneten Auseinandersetzungen, bei der 6 Personen umkommen und 2 festgenommen werden.

Es ist nicht möglich gewesen, in einer Militärzone vor diesem Angriff, der ganz offensichtlich die Vernichtung der ARGK-Einheit beabsichtigte, zurückzuweichen. Es ist nicht richtig, daß diese Personen

behaupten, sie handelten im Namen der TDKP, oder die TDKP sich für diese verantwortlich zeigt. Die ARGK-Kommandantur hat erklärt, daß sie auf den Angriff reagiert hat, weil es sich bei den Gruppenmitgliedern um Kontra-Guerilla handelt.

Das Gebiet, in dem das Ereignis stattfand, die Provinz Dersim, ist seit dem Aufstand 1938 einer intensiven Assimilierungspolitik des kemalistischen türkischen Staates ausgesetzt gewesen. Mit dem langatmigen massiven Widerstand der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), vor allem nach 1991, hat sich in Dersim ein nationales Bewußtsein entwickelt. Sie hat damit eine große Sympathie und Unterstützung innerhalb der Bevölkerung gewonnen und damit einen bedeutenden Einfluß auf die umliegenden Gebiete bewirkt. Vor allem in diesem Jahr hat die türkische Armee ihren Einfluß in Dersim verloren, so daß große Teile von Dersim von der ARGK kontrolliert werden.

Der türkische Staat kann die Entwicklung hier nicht mit Methoden wie dem Dorfschützersystem behindern, da es hierfür keine Basis gibt. Stattdessen entwickelt er Gegen-Aktivitäten unter der Maske von "Links

bzw. kommunistisch". Diese haben niemals eine Praxis realisiert, um diese Bezeichnung zu verdienen. Sowohl die TDKP und TIKKO als auch die Zeitung Aydinlik greifen mit gleichen, abgesprochenen Methoden die PKK an. Natürlich ist das nicht neu. Die gleichen Gruppen haben vor 1980 mit ähnlichen Methoden und allen Mitteln die Entwicklung der kurdischen Befreiungsbewegung zu verhindern versucht. So ist eines der ersten Mitglieder der PKK; Aydin Gül, im Mai 1977 in Dersim von TDKP-Angehörigen ermordet worden. Die gleichen Gruppen haben in den darauffolgenden Jahren mehr als 20 PKK-Mitglieder und Sympathisanten ermordet, viele dem türkischen MIT verraten.

Diese chauvinistischen Gruppen, die nach dem Militärputsch am 12. September 1980 plötzlich verschwanden und nach Europa flüchteten, nähern sich in letzter Zeit erneut Dersim, um ihre alte Mission zu wiederholen. Statt das türkische Volk gegen den türkischen Staat zu organisieren und gegen die Vernichtungspolitik des türkischen Staates gegen das kurdische Volk zu protestieren, versuchen sie mit allen Mitteln, den Befreiungskampf des kurdischen Volkes zu beschmutzen

und gegen ihn Propaganda zu treiben. Diese Gruppen, die das unorganisierte türkische Volk nicht beeinflussen können, nutzen die situativ bedingte Neigung des kurdischen Volkes zum Widerstand aus, um das kurdische Volk für sich zu gewinnen. Die Methoden, die sie hierbei anwenden, sind folgende: 1. Sie fördern die Vorurteile zwischen den Religionsgruppen. So propagieren sie den Aleviten, die die größte Religionsgruppe in Dersim bilden, daß es sich bei den ARGK-Guerillas um Sunniten handle, die aus anderen Regionen kämen.

2. Sie hetzen die Bevölkerung gegen die Guerilla auf und verbreiten, daß die Guerilla das Volk unterdrücke. Sie versuchen, Jugendliche davon abzuhalten, zur Guerilla zu gehen.

3. Mit unterschiedlichen Methoden geben sie dem türkischen Militär Zeichen über den Aufenthaltsort der Guerilla usw. Diese und verschiedene andere Methoden führen zu äußerst schwierigen Situationen bei den militärischen Auseinandersetzungen und ergänzen damit die Vorbereitungen des türkischen Staates.

Diese Gruppen, die von sich behaupten, daß sie "türkische Revolutionäre" sind, sollten eine Lösung für die Leiden und Fragen des türkischen Volkes finden. Das kurdische Volk führt seinen eigenen Befreiungskampf. Der türkische Staat will die Führung des kurdischen Befreiungskampfes, die PKK, verbieten. Statt die kurdische Bewegung in ihrem Kampf zu behindern, sollten diese Organisationen sich darum kümmern, daß das türkische Volk nicht zum Militär geht und an dem schmutzigen Krieg gegen das kurdische Volk teilnimmt. Sie sollten das türkische Volk gegen die "ethnischen Säuberungen" und den Völkermord am kurdischen Volk in

Bewegung setzen. Aber die Absichten dieser Gruppen liegen weit davon entfernt. Sie haben das Vertrauen des türkischen Volkes schon längst verloren.

Ein weiterer wichtiger Punkt, den diese Gruppen auch berücksichtigen sollten, ist die Überwindung des türkischen Chauvinismus und der kemalistischen Ideologie und die Achtung vor der selbständigen Organisation des kurdischen Volkes für seine Freiheit. Wir erwarten und unterstützen eine solche Annäherung.

Eine weitere wichtige Eigenschaft dieser Organisationen ist es, Kurdistan und das kurdische Volk nicht als ein anderes Land und Volk zu betrachten. Früher haben sie sich öffentlich dagegen gewehrt, aber mit der Anerkennung des kurdischen Befreiungskampfes in den letzten zehn Jahren haben auch sie nach außen hin diese Tatsache akzeptiert, aber aus Eigeninteresse. So z.B. die TDKP, die das sogenannte "Revolutionäre Kurdistan-Komitee" gegründet hat, um die Massen zu irritieren. Sehr selten. Sie behauptet,

eine 15-jährige Geschichte hinter sich zu haben, und erst nach 15 Jahren fällt ihr auf, daß auch ein Kurdistan existiert.

Die PKK gibt dem gemeinsamen Widerstand mit dem türkischen Volk einen sehr großen Wert und besitzt kein nationales Gedankengut. (...)

Die Hauptkommandantur der ARGK hat in diesem Zusammenhang in ihrer Erklärung folgenden Punkt hervorgehoben:

"Da wir keine Probleme sehen, die wir nicht mit der TDKP

und den anderen Organisationen auf der Basis des gegenseitigen Verständnisses lösen können, beabsichtigen wir nicht, eine bewaffnete Auseinandersetzung mit ihnen zu führen. Im Gegenteil, wenn sie kämpfen wollen, so können wir sie sogar im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen und ihnen günstigere Möglichkeiten schaffen, um den Widerstand gegen den Feind weiterzuentwickeln. Wir sehen das sogar als unsere Pflicht an und sind auch dazu bereit, diese Aufgabe zu erfüllen. In diesem Sinne gilt unser Angriff nicht der TDKP oder anderen Gruppierungen, sondern gegen die Konter-Guerilla-Aktivitäten, die gegen den Nationalen Befreiungskampf geführt werden."

19. Oktober 1993

(Dieses Schreiben ist eine Zusammenfassung der Erklärung der Hauptkommandantur der ARGK vom 15. Oktober d.J. sowie einer Erklärung des Militärrates von Dersim und der ERNK-Europavertretung. Aus: Kurdistan Rundbrief Nr.23/93)

Abonniert die AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, von und für Antifaschisten. Sie erscheint sechsmal im Jahr.

Jahresabo 27,-
Förderabo ab 30,-

Bestellung:

✓ durch Überweisung
der Abogebühr auf
Konto Nr. 334 01 027
BLZ 430 5000 01
Sparkasse Bochum

✓ durch schriftl. Bestellung bei
Antifa-Zentrum
Herner Str. 43
45657 Recklinghausen

ERKLÄRUNG DES ZK UND KURDISTAN-KOMITEES DER TDKP

Am Samstag, den 9. Oktober 1993, wurde in **Tunceli (Dersim)**, Kreis **Hozat**, ein blutiger Überfall verübt, der einen Schlag gegen den Befreiungskampf des kurdischen Volkes und somit des türkischen Volkes bedeutet, und der in dieser Dimension noch nie dagegewesen ist.

Zehn Militante unserer Partei, der **TDKP-Kurdistan Örgütü /Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei-Kurdistan Organisation)**, wurden in einen Hinterhalt gelockt. Es wurde auf sie das Feuer eröffnet, und das kurdische Volk verlor sechs seiner wertvollsten Söhne, und vier von ihnen wurden verletzt. Daß in Kurdistan und Dersim zunehmend Attentate und Morde verübt werden, ist der Öffentlichkeit bekannt. Die Mörderbanden sind der Öffentlichkeit ebenfalls bekannt. Allerdings waren die Mörder in diesem Fall keine Konter-Guerilla, Hizbullah oder eine der staatlichen Todesschwadronen. Diejenigen, die diesen Überfall auf zehn Menschen, die ihr Leben der Sache der Befreiung Kurdistans widmeten, verübt hatten, gehörten der **PKK-Ortsgruppe in Dersim** an. Eine bewaffnete Einheit der PKK, die von den zehn Revolutionären zwecks eines Gesprächs empfangen wurde, hatte sie unerwartet und hinterhältig angegriffen und sie ermordet bzw. verletzt.

Wir wissen nicht, ob dieses Massaker von der Zentrale der PKK angeordnet oder durch die Ortsgruppe selbständig beschlossen und verübt worden ist.

Wir können allerdings einen Zusammenhang zwischen diesem Massaker und der Entwicklung der Politik der PKK beobachten. Jeder weiß genau, daß die PKK alle inner- oder außerhalb ihrer Reihen, die sich ihr nicht unterwerfen, als Agenten bezeichnet, verurteilt und vernichtet. Andererseits wird immer offensichtlicher, daß die PKK eine Politik verfolgt, nach der sie im Namen des Volkes dem kurdischen Volk und den unterdrückten Werktätigen mit Gewalt ihre Politik aufzuzwingen versucht. Es ist ebenfalls eine bekannte Tatsache, daß sie als Folge dieser Tendenz und Entwicklung gegen alle Organisationen in Kurdistan und besonders in Dersim, die von ihr unabhängige Aktivitäten durchführen und die für das Erwachen der werktätigen kurdischen Klassen, für die Verknüpfung der nationalen mit der Befreiung

des Volkes und für die Brüderlichkeit und die freiwillige Einheit der Völker eintreten, in zunehmendem Maße Schritte der Bedrohung und Gewaltanwendung unternimmt. So sind ihre Aktionen, die sie wie in anderen Regionen auch in Dersim verwirklicht, deutliche Beweise ihrer Tendenz und unternommenen Schritte. Beschlüsse und Aktionen wie wirtschaftliche und politische Verbote, die unter Gewaltandrohung der Bevölkerung von Dersim auferlegt werden, die Ermordung von Lehrern, die Mitglieder von **Egit-Sen (Lehrergewerkschaft)** waren, die Bedrohung des Oberbürgermeisters von Dersim, der sich seiner Bevölkerung verbunden fühlt, und von anderen Personen, die mit fiktiven Beweisen als Agenten denunziert werden, und gegen sie veröffentlichte Todesurteile zeigen den Weg, den sie eingeschlagen hat, und an welchem Ziel sie ankommen will. Es ist offensichtlich, daß die zehn mutigen Militanten unserer Partei und ihrer Kurdistan-Organisation deshalb ermordet wurden, weil sie sich gegen den Imperialismus, gegen die kurdische und türkische Bourgeoisie und Reaktion und für die kurdischen Arbeiter und Werktätigen einsetzten und sich dabei keiner Bedrohung und Unterdrückung beugen wollten.

Unsere Partei und ihre Kurdistan-Organisation verurteilen diese Politik und Aktionen der PKK und dieses Massaker, das einen schweren Schlag gegen den Kampf des kurdischen Volkes bedeutet.

Sie erklären, daß sie entschlossen sind, den Kampf der ermordeten Kommunisten fortzusetzen. Unsere Partei und ihre Kurdistan-Organisation werden gegenüber dem Volk und allen, die für Freiheit und Demokratie sind, verantwortungsbewußt handeln und von bewaffneten Auseinandersetzungen und Vergeltungsaktionen, die dem Kampf der kurdischen und türkischen Werktätigen irreparable Schäden zufügen würden, und zu denen sie die PKK bewegen möchte, Abstand halten. Wir möchten jedoch betonen, daß sie ihren unabhängigen Kampf - einschließlich der Kritik an den Fehlern der PKK - gegen die Bourgeoisie und Reaktion in Dersim und allen Regionen Kurdistans fortsetzen, verstärken und weiterentwickeln und diesen Kampf auch verteidigen werden. Wenn die PKK glaubt, mit Gewalt und Unterdrückung könne sie den Kampf der Kommunisten verhindern, irrt sie sich

gewaltig und muß diesen Irrglauben aufgeben. Wenn sie diesen falschen Weg weitergeht, muß sie einsehen, daß sie vor allem den kurdischen Werktätigen, die in ihren Reihen kämpfen, Schaden zufügt und sie zu Soldaten der Bourgeoisie macht.

Hinter dem blutigen Anschlag gegen unsere Kurdistan-Organisation und hinter den Terrorakten der PKK, die sie gegen die Werktätigen kurdischer und türkischer Nationalität verwickelt, steckt ein dem Volk fremdes Verständnis von Revolution und Organisation. Eine Organisation, deren Mitglieder zwar aus dem Volk kommen, die aber wie eine bourgeoise Partei und bourgeoise Armee, im Namen des Volkes, handelt und im Namen des Volkes Druck und Gewalt gegen das Volk anwendet, wird nichts erreichen können. Die PKK muß folgende Anregungen als einen Aufruf auffassen: Der eingeschlagene Weg, die verfolgte Linie und die Angriffe gegen das Volk und unsere Kurdistan-Organisation, die die entschlossensten Verteidiger des Volkes ist, ist Ausdruck für die Politik der despotischen kurdischen Bourgeoisie. Und es ist unmöglich, mit dieser Politik zur Revolution, zur Volksrevolution zu gelangen. Es muß eingesehen werden, daß das Kopieren des Kemalismus ins Kurdische Enttäuschung und Niederlage für das werktätige kurdische Volk bringen und zur Unterwerfung vor dem Imperialismus führen wird. Wenn die PKK tatsächlich für die Freiheit des kurdischen Volkes eintreten möchte, so muß sie diese Tatsache einsehen.

Die Bevölkerung von Dersim und Kurdistan muß wissen: solange sie ihr Schicksal nicht in die eigenen Hände nimmt, so lange wird sie sich nicht befreien und die nationale und die Klassensklaverei nicht zersprengen können.

Die zehn kurdischen Kommunisten aus Dersim wurden überfallen, während sie für die Beendigung der seit Jahrhunderten andauernden Sklaverei und dafür eintraten, den nationalen Befreiungskampf in einen Kampf für die Befreiung des werktätigen Volkes umzuwandeln. Sie hatten dafür gekämpft, daß die kurdischen Arbeiter und Bauern, die seit Jahrhunderten ausgebeutet, betäubt und betrogen werden, erwachen und ihre Zukunft in die eigenen Hände nehmen. Denn sie hatten gelernt, daß das kurdische Volk seine nationale und Klassenbefreiung nicht erreichen wird, solange es sein Schicksal und seine Zukunft nicht in die eigenen Hände nimmt. Sie waren nicht für die Feindschaft, sondern für die Brüderlichkeit des kurdischen und türkischen Volkes eingetreten und hatten sich für die Solidarität dieser beiden

Völker, gegen den Imperialismus und gegen jegliche Reaktion, eingesetzt. Der Angriff auf sie ist ohne Zweifel zugleich ein Angriff gegen die Befreiung des kurdischen Volkes und gegen die Brüderlichkeit der Völker. Und das Volk der Türkei kurdischer und türkischer Nationalität versteht, daß dieser Angriff tatsächlich einen Schlag gegen seinen Kampf für Freiheit und Demokratie bedeutet. Zweifellos protestieren kurdische und türkische Arbeiter und Werktätige gegen dieses Massaker und ähnliche Versuche und werden die getöteten jungen Werktätigen, die Kämpfer für Freiheit und Demokratie waren, in ihr Herz einschließen. Zweifellos werden diese brüderlichen Völker diese Haltung unter Beweis stellen, indem sie ihr Schicksal und ihre Zukunft in die eigenen Hände nehmen und diesen Kampf zu einem Kampf für wahre Demokratie und Freiheit, die freiwillige Einheit und Brüderlichkeit beider Völker gewährleisten werden, ausdehnen werden.

Abschließend möchten wir betonen:

Drohungen, unbegründete Beschuldigungen, Angriffe und Morde werden niemals den Kampf unserer Partei und Kurdistan-Organisation für die Aufklärung und Organisierung des kurdischen Volkes und die Entwicklung ihres Kampfes gegen den Faschismus und die nationale Unterdrückung stoppen können. Und unsere Partei ruft die PKK auf, ihre Aktionen, die den reaktionären Klassen nutzen, einzustellen, eine Haltung einzunehmen, die dem Volk hilft, und eine logische Politik zu verfolgen.

Arbeiter, Bauern, Intellektuelle kurdischer, türkischer und anderer Nationalität und alle Werktätigen: sie alle müssen unter den heutigen Voraussetzungen, die aufgrund der steigenden vielseitigen, politischen und wirtschaftlichen Angriffe seitens des Imperialismus, der herrschenden Klassen und ihrer faschistischen Diktatur einen vereinten revolutionären Kampf gegen den gemeinsamen Feind immer notwendiger machen, eine klare und deutliche Haltung gegen diese und ähnliche Übergriffe einnehmen, die die Verstärkung dieses Kampfes verhindern und den Boden für Provokationen durch die Diktatur bereiten.

Denn diese Haltung ist die unverzichtbare Voraussetzung für die Entwicklung des Kampfes um Demokratie und Freiheit und für die Ansammlung und Verteidigung der Kräfte des Volkes.

13. Oktober 1993

Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei - Zentralkomitee

Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei - Kurdistankomitee

(Aus: Tatsachen Nr. 19, Nov./Dez.93)

WIDERSPRÜCHE IN DEN VERSCHIEDENEN ERKLÄRUNGEN VON ARGK, ERNK UND PKK

Erklärung der Hauptkommandantur der ARGK (Volksbefreiungsarmee Kurdistans) vom 10. Oktober 1993:

"Der Vorfall ereignete sich, als die TDKPler Kocademir unter Schutz nahmen und eine Guerillaeinheit überfielen, nachdem der Militärрат der PKK in der Region Dersim ein Flugblatt verteilt hatte, in dem auf den Bürgermeister von Tunceli, Mehmet Kocademir, Bezug genommen wird- (In diesem Flugblatt wurde Kocademir der Spitzeltätigkeit beschuldigt - Anm d. Red.) (...)"

Erklärung des Militärrates der PKK, Region Dersim, vom 13. Oktober 1993:

"(...) Heute verfolgen einige Kräfte, die sich die Maske der Linken aufgesetzt haben, das Ziel der Kontraguerrilla, Hizbollah und Dorfschützer, weil die letzteren in Dersim keine Überlebenschance haben. Diese Kräfte erhielten deshalb eine sehr harte Verwarnung und sechs ihrer Mitglieder wurden bestraft. Wir erklären, daß wir eine härtere

Gangart einschlagen werden, sollten sie auf ihrem Standpunkt beharren.

Nach unserer Warnaktion wurde durch die Polizei und durch einige Kollaborateure versucht, die Massen zu provozieren, indem Ladenschließungsaktionen etc organisiert wurden. Wir möchten hiermit erneut daran erinnern: Es ist ein Verstoß gegen unsere Richtlinien, an solchen Aktionen teilzunehmen, die nicht von uns genehmigt und zugelassen wurden. Wer dagegen verstößt, wird hart bestraft (...)."

Erklärung der ERNK-Europavertretung vom 13. Oktober:

"Wir haben keine besondere Haltung gegen die TDKP oder eine andere linke Kraft. Dies lassen wir nicht zu. Allerdings führen wir einen der schwierigsten, blutigsten Kriege der Geschichte. Diese Kriegsbedingungen müssen verstanden werden. (...) Die linken Kräfte müssen diese Realität des Krieges verstehen und einsehen (...)"

(Die Erklärungen wurden von der kurdischen Nachrichtenagentur KURD-HA veröffentlicht).

Anzeige

Jonglieren
Fahrräder
Theater
Artistik
Kunst

balance. Nichts sonst.

Kortumstr.5 44787 Bochum | Tel.: 0234 - 12051/52

LINKE UND TOD

Wir sind noch mitten im bürgerlich-klerikalen Trauermonat November, während ich an diesem Artikel schreibe. Nicht an letzter Stelle die getöteten Mitglieder der TDKP und der Streit um die PKK - siehe auch die Stellungnahmen der verschiedenen Organisationen in dieser Ausgabe - bewegten mich zu diesem Artikel. Die Auseinandersetzung um die Frage, wie mit diesen Toten, wie überhaupt mit dem Tod umgegangen wird, geht auch an der Redaktion der AntifaZ nicht vorbei (hierzu auch die Redaktionskritik am Editorial der November-/Dezemberausgabe)

TOD ALS PROPAGANDA

Wie die der **TDKP** nahestehende Organisation in Deutschland **DIDF** am 12.10. unter dem Titel "Wem nutzen die Morde an politischen Oppositionellen in Türkisch-Kurdistan?" u.a. berichtete, wurden am 9.10.1993 in der kurdischen Provinzstadt **TUNCALI/DERSIM** 6 Angehörige der "Kurdistan-Organisation der **TDKP** (Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei)" von "**PKK-Guerillas**" erschossen. Des weiteren hieß es, daß die TDKP als "Provokateure" bezeichnet wird. Am 13.10. ließ DIDF verlauten, daß die **ARGK** (Militärrat der PKK) gegen den Oberbürgermeister von Dersim sowie gegen einen Sänger ihrer Föderation eine "**Fatwa**" (relig. Bezeichnung für Todesurteil) verhängt habe aufgrund der vermeintlichen Zugehörigkeit zu einer "provokativen Organisation". Der Musiker, selbst Kurde, protestierte in einem Schreiben gegen solch "persönliche Ebene" der Auseinandersetzungen gegen ihn und verwies auf seine politischen Aktivitäten gegen Faschismus und für das kurdische Volk. Zusätzlich begründete er die Konflikte mit der "Unlösbarkeit der Probleme in Dersim". Solche Veröffentlichungen mit ähnlichem Tenor (19.10.: Entführung von 5 TDKP-Mitgliedern erneut in Dersim) setzten sich bis fast Ende Oktober weiter fort.

Die Hauptkommandantur der **ARGK**, der Militärrat der PKK von Dersim sowie die **ERNK**-Europavertretung ließen dagegen (in einer Zusammenfassung) am 15.10. unter dem Titel "Über die Angriffe einiger chauvinistischer türkischer Gruppen gegen den Befreiungskampf in Kurdistan" verlautbaren, daß drei ihrer eigenen Kämpfer von einer Todesschwadron ermordet wurden, die anschließend ins Haus des (von der TDKP als "Demokrat" bezeichneten) Oberbürgermeisters geflohen seien und sich dort versteckt gehalten hätten. (Ungenannte) Beweisstücke zur Agententätigkeit des BürgerInnenobersten sollen gefunden worden sein. Des weiteren wurde auf zurückliegende Morde in der Vergangenheit von Seiten der TDKP an der PKK verwiesen, und

umgekehrt hätten "die gleichen Gruppen (...) in den darauffolgenden Jahren mehr als 20 PKK-Mitglieder und Sympathisanten ermordet, viele dem türkischen MIT (Geheimdienst) verraten." (s. Kurdistan-Rundbrief Nr. 23, 4.11.93; übersetzt aus Özgür Gündem v. 19.10.93)

UMZINGELT VOM TOD

Die Situation in Nordkurdistan ist höchst komplex. Als Redaktion veröffentlichten wir zahlreiche Artikel, diese Komplexität eines Bürgerkrieges aufzuweisen. Wie schon mehrfach (auch bei KD in Nr. 44) berichtet wurde, ist die größte oppositionelle Kraft im Südosten der Türkei unbezweifelbar die PKK. Daß es Gruppen gibt, die diesen Einfluß streitig machen wollen, ist ebenso unbezweifelbar. Am meisten mag sich dies an der Stadt **DERSIM** zeigen, die im geheimen als "kleines Moskau" gehandelt wurde und die von unterschiedlichen Armeeeinheiten "umkämpft" wird: den "regulär" staatlich-türkischen Sicherheitsorganen, der **TIKKO** (von TKP/ML-Partizan), der **TDKP** sowie der **PKK**. Offensichtlich ist **TUNCALI/DERSIM** eine Militärzone, und wir kommen nicht umhin festzustellen, daß in militärischen Gebieten nun einmal ganz andere "Gesetze" als in freien (befreiten) Gebieten herrschen. Wenn nun linke Antifaschisten (innen?) aus Westeuropa meinen, in eine solche Situation durch Kritik vom Schreibtisch eingreifen zu müssen, warum greifen sie sich gerade zu diesem Zeitpunkt eine Organisation heraus, wo doch die komplexe und besondere Situation in **DERSIM** schon lange als solche bekannt ist? Warum richtet sich zumindest ihre Kritik nicht gegen sämtliche militärische Operationen, ganz radikalpazifistisch gedacht, einschließlich der von der **TIKKO** oder der **TDKP**?

Jedoch auch solch pazifistische Grundhaltung im Rundumschlag könnte verwundern angesichts des Terrors, der von staatstragenden Sicherheitskräften in **DERSIM** und im übrigen Nordkurdistan ausgeübt wird und an dem die

Bundesrepublik sich waffenmäßig obendrein ziemlich "entsorgt".

TOTE ALS TROPHÄE - MEIN Toter, NEIN, UNSER Toter

Vor dem Hintergrund solch bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen ist auch nicht gesichert, ob es sich bei den Toten um bloße Partei-Propaganda oder wirkliche Mitglieder handelt. Oft genug sind in der Geschichte aller militärischer Verwicklungen im nachhinein Tote und Ermordete für eine Partei quasi als strategische Trophäe "reklamiert" worden. Umgekehrt erfolgten (Schuld)zuweisungen für Mordanschläge, die niemals so stimmten. Letztens, beim Tod des direkt dem Innenministerium unterstellten Gendarma-Kommandanten **BAHTIYAR AYDIN** in Diyarbakir klappte diese Leichenarithmetik nicht mehr. Eigentlich sollte seine Ermordung "durch die PKK" für die Angriffe auf Lice herhalten, doch die PKK dementierte in diesem Fall die "Trophäenzuweisung", und es stellte sich auch heraus, daß der Kommandant ein paar Stunden später und höchstwahrscheinlich von seinesgleichen starb, als schon die ersten Bomben auf Lice gefallen waren. Und gerade jetzt, wo immer mehr Bomben und Feuer auf kurdische Dörfer und Städte fallen sollen, mehren sich unnatürliche "Tode" in den eigenen Reihen von Militär und Geheimdienst wie am 4. November etwa der von **AHMET CEM ERSEVER**, der ganz plötzlich erschossen in einer der vielen Straßen Ankaras aufgefunden wurde. Ersever war nicht irgendwer. Er war Führer und Ausbilder einer Kontraeinheit, zu deren Lasten solche Todeskommandos wie das gegen **VEDAT AYDIN** oder **MUSA ANTER** oder gegen zahlreiche JournalistInnen von Özgür Gündem fallen. Nach seiner Pensionierung gründete ERSEVER in Ankara ein "mesopotamisches Institut". Keineswegs hatte er sich nun vom Mörder an Kurdinnen und Kurden zum "Kurdophilen" gewandelt, in unserem Jargon, von einem Saulus zum Paulus. Das "Konkurrenzunternehmen" "mesopotamisches Institut" ist eine Einrichtung des Geheimdienstes MIT, und zeitgleich am 4. November, als ERSEVER so abrupt sein Leben lassen mußte, kam andernorts (Polatli) auch seine (Kontra)Mitarbeiterin und Lebensgefährtin "**MAHSUNE**", keineswegs an Altersschwäche, ums Leben. Diese war kurz zuvor noch am 1. November mit **ISHAN HAKAN** in Bolu gesehen worden. Alle beiden gehörten gleich Ersever zur vor seiner Pensionierung von ihm gegründeten Kontraeinheit **JITEM** (Jandarma Informasyon Terörle Mücadele). Und Ishan Hakan, früher alias **MUSTAFA DENİZ**, soll ehemals Kontakte zur PKK besessen haben, bevor er umschwenkte und, mit einer neuen Identität ausgestattet, sowohl für die

Kontras als auch den "mesopotamischen" Geheimdienst arbeitete. Parallelen weisen diese tödlichen "Unfälle" zur abrupten Landung des Generals **ESREF BITLİS** auf, der am 17. Februar mit seinem Militärflugzeug ganz plötzlich vom Himmel fiel und, bevor er so kalt aufkam, Beziehungen zu Ersever unterhalten hatte. Es wird behauptet, daß **ERSEVER**, ausgestattet mit einem eigens zusammengestellten Nachrichtenpaket, die bürgerliche Regenbogenpresse der Türkei abgeklappert habe, um sie mit irgendwelchen geheimen Unterlagen zu unterrichten. Doch diese schien kein Interesse an dem Fall zu zeigen, zumindest wurde nichts gedruckt, bis er zur Redaktion von "**AYDINLIK**" stieß, die sich um die Nachrichten kümmerte (dort arbeitet u.a. auch **ASİT NESİN**, in Deutschland bekannter geworden durch Passagenveröffentlichungen der "satanischen Verse" Salman Rushdies ins Türkische sowie als Überlebender des Massakers von Sivas; die Interviews mit Ersever wurden in Aydinlik vom 9.-14. Juni 1993 veröffentlicht; vgl. auch Aydinlik 12.-14. November 1993).

Bislang hat noch niemand diese Toten für sich reklamiert - es fällt auch leichter, diese in der Öffentlichkeit "besitzlos" zu belassen, da es sich schließlich bei ihnen um GeheimdienstlerInnen handelt.

Was wir gleichfalls berücksichtigen müssen, ist, daß mittlerweile um das Thema "Kurdistan" mehrere Organisationen - und zwar auch genuin türkische - buhlen.

TOTE ZWECKS BESSERER MORAL

Das mag lobenswert sein, sofern sie die Kämpfe des kurdischen Volkes finanziell und ideell unterstützen. Jedoch so manche Spendenorganisation hat ihre Zuwendungen von paternalistischen Ratschlägen bis hin zur Einmischung abhängig gemacht - eine Gegebenheit, die wir bei allen Schattierungen von Politik kennen müßten. Es dürfte uns deshalb nicht wundern, wenn Menschen, die sich ihrer kurdischen Identität erst langsam bewußt geworden sind und deren Widerstand in der Geschichte immer wieder massiv gebrochen wurde, ziemlich gereizt reagieren, wenn mit einmal Männer von vielleicht zwanzig oder dreißig Jahren (bei den Toten handelt es sich hier zumindest um Männer) in diese wiedererwachte Identität hineinstapfen, vom Schreibtisch her den Bäuerinnen und Bauern ihre Flugblätter hinlegen und ihnen "die Leviten lesen", die mit "Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei" unterschrieben worden sind. Wo ist die Türkei?

Hier ist nämlich Kurdistan, auch wenn man es (noch) nicht laut sagen darf. Mittlerweile haben es einige Organisationen türkischer Provenienz

jedoch herausbekommen, daß mit dem Zusatz "kurdisch" in manchen Gebieten mehr Sympathien zu erreichen sind als mit Kommunismus und Sozialismus. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß sich Ende der 70er Jahre viele türkische Organisationen geleert hatten und dadurch viel an Führungskräften verloren, weil diese sich bei der PKK-Gründung dort als "KurdIn" besser aufgehoben fühlten (aus vergleichbaren Gründen sind auch viele türkische Frauen nach dem Militärputsch den linken

Organisationen fern geblieben, weil sie sich dort in ihren Frauenfragen nicht vertreten fühlten). Auch in Deutschland gibt es unterschiedliche "Kurdistan-Komitees", die nicht alle in erster Linie "für das kurdische Volk" eintreten, sondern gleichwertig daneben für ihre Parteieninteressen. PKK-nahe Organisationen meinen dazu, daß diese Organisationen "Kurdistan und das kurdische Volk nicht als ein anderes Land und Volk" betrachten, sondern quasi immer noch "groß-türkisch"

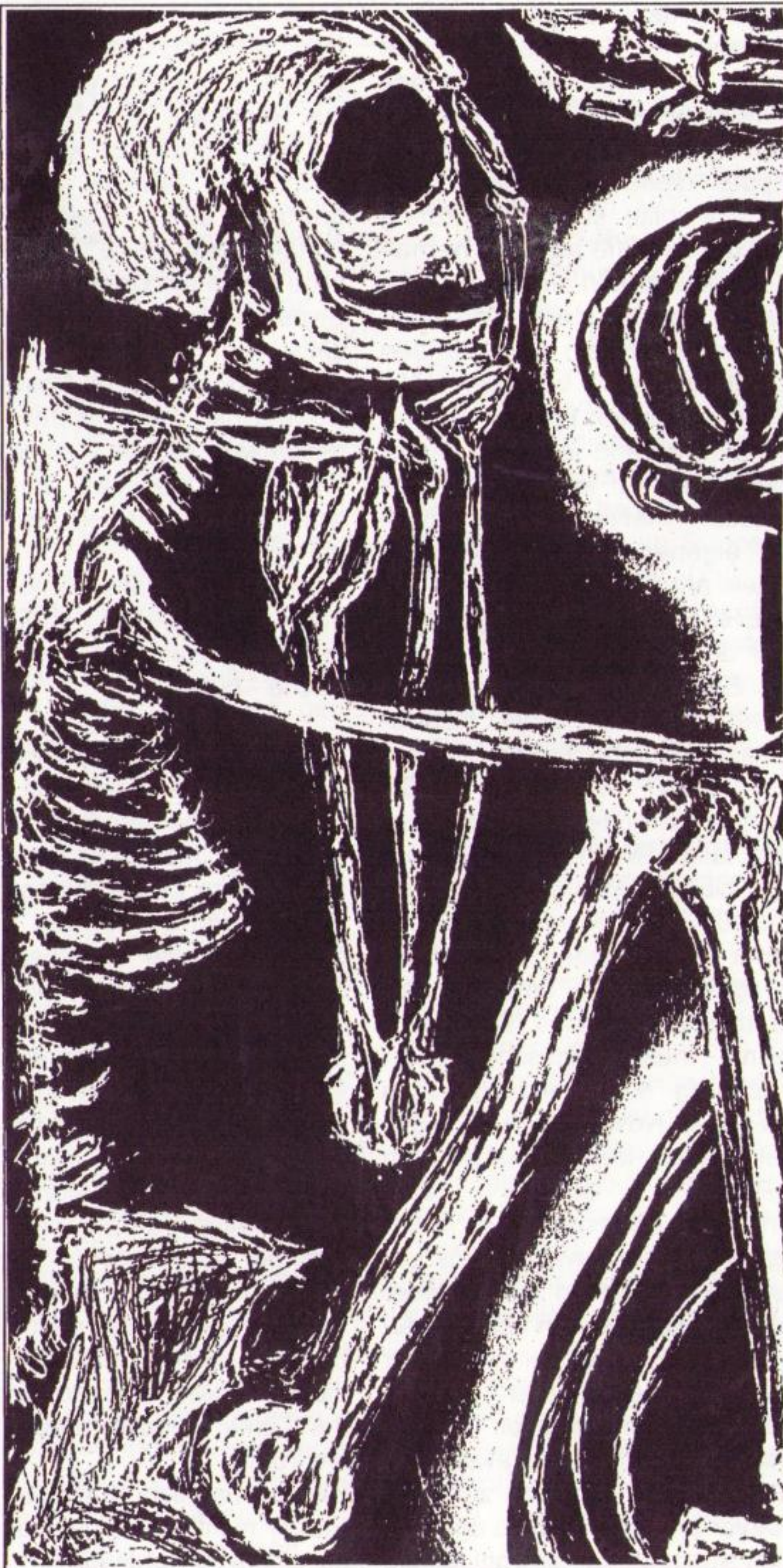
(kemalistisch). In Griechenland sind bekanntlich die Sympathien für KurdInnen enorm stark, und vor diesem Hintergrund wurden hohe Beträge für den Befreiungskampf gesammelt. Jedoch, wie herauskam, wurde dort mit dem Begriff "Revolutionäres Kurdistan-Komitee" einiges an Verwirrung gestiftet, denn man dachte, mit dem Geld den "eigentlichen" Komitees zu nutzen.

TOTE OHNE GESICHT UND UNIFORM

Nun, wer auch immer das Rennen um die jeweiligen Sympathien machen wird, die Geschädigten sind in jedem Fall diejenigen, die im Alltag nicht in militärischen Tarnuniformen die Felder bewirtschaften und über den Markt spazieren gehen wollen, jedoch dafür bestraft werden, wenn sie Guerillas mit dem Notwendigsten an Eßwaren versorgen. Und wenn wir uns in Westeuropa oder Deutschland den Kopf darüber zerbrechen,

wenn wir zu unterstützen haben, dann doch zumindest die, die unter den Waffen aus Ankara und Bonn zu leiden haben, denen die Augen ausgeschossen werden wie noch in Yüksekova, als mit deutschen Waffen die Stadt bombardiert wurde. Angesichts der etablierten Satttheit so mancher Linker wurde stattdessen verdreht, daß wir uns in die Belange des Freiheitskampfes - wen und was immer sie favorisiert - nicht einzumischen haben. Eher sollte der Vorwurf eines Mannes nach dem Überfall auf Yüksekova - der die Linke nicht ausklammerte - ernst genommen werden, daß wir als Deutsche "Händler des Todes" sind, was mithin auch auf die zukünftigen Wahlen hinweist.

TAS



ANTIFASCHISMUS ZU DEN BUNDESTAGSWAHLEN 1994

1994 ist das Jahr mit Bundestags- und Europawahlen - also ein "Superwahljahr". Ob und wie gegebenenfalls AntifaschistInnen sich dazu äußern, ob wir in den Wahlkampf "eingreifen" wollen, ob wir die Wahlen "kommentieren" wollen oder ob wir möglicherweise sogar zur Wahl einer bestimmten Partei (oder zum Boykott der Wahlen) aufrufen wollen, all das sind Fragen, denen wir uns bisher nicht oder nur sehr am Rande gestellt haben.

Um auf die Probleme im Jahr 1994 eingehen zu können, will ich mich vorab ein wenig mit der generellen Frage von Wahlen im Rahmen unserer Gesellschaftsordnung, im Rahmen des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie, beschäftigen.

Im zweiten Schritt wird dann kurz auf das Eingreifen von AntifaschistInnen bei früheren Wahlen eingegangen, und im dritten Teil sollen dann einige Überlegungen zum "Superwahljahr" 1994 folgen.

I. Wahlen im Rahmen der bürgerlichen Demokratie

Wie die "bürgerliche Demokratie" als ganzes, sind auch "Wahlen" innerhalb dieser Gesellschaftsordnung alles andere, nur nicht demokratisch.

Hinter dem Deckmantel von Parlamentarismus, Parteien und Wahlen verbirgt sich die Tatsache, daß wir uns in einer Klassengesellschaft befinden, in der die am meisten besitzende Klasse über alle anderen, über die weniger und über die nichts besitzenden Klassen herrscht.

Diese "Herrschaft" beruht in erster Linie auf der ökonomischen Macht, die wir auch "kapitalistische Produktionsweise" nennen.

Jede/r, der einmal untersucht hat, wieviel "Demokratie" in den Betrieben besteht, wird feststellen, daß hier auch nichts ansatzweise Demokratisches gefunden werden kann:

Die Frage, ob, wieviele und welche Menschen entlassen werden, ob, wieviele und welche Betriebe stillgelegt werden, was und wieviel produziert wird, wo produziert wird, wo gekauft und verkauft wird, in all diesen Bereichen haben die ArbeitnehmerInnen zwar (bisweilen) ein formales "Mitsprache"-Recht, aber auf die konkreten Entscheidungen haben sie keinen Einfluß.

Und diese ökonomische "Grundordnung" ist wiederum die einzige, die die Unternehmer als "demokratisch" akzeptieren - alle anderen Gesellschaftsordnungen (in denen nicht sie selber die Macht hätten), werden von ihnen als "diktatorisch" bezeichnet - und das macht auch Sinn, denn "diktatorisch", was die Beseitigung der

uneingeschränkten Unternehmermacht betrifft, wären solche alternativen Gesellschaftsordnungen ja zweifellos, was allerdings nicht bedeutet, daß sie auch allen anderen Menschen gegenüber diktatorisch wären.

Was nun die "Demokratie" in der bürgerlichen Gesellschaft betrifft, so existiert sie offensichtlich nur da umfassend, wo sie die unternehmerischen Freiheiten vollständig garantiert - alle anderen, sonstigen Interessen sind mehr oder weniger beschränkt, eingeengt oder gar nicht vorhanden (Beispielsweise gibt es kein Gesetz, das etwa der Belegschaft eines Betriebes das Recht gäbe, den Betrieb wegen offenkundiger Unsozialität des Besitzers zu beschlagnahmen, zu enteignen oder anderweitig einzugreifen).

Da dies alles so ist, wie es ist, haben selbstverständlich die herrschenden Unternehmer das allergrößte Interesse, dies nicht allzu offenkundig werden zu lassen bzw., wenn dies schon nicht zu verhindern ist, dann doch den Eindruck entstehen zu lassen, daß diese Form gesellschaftlicher Herrschaft für die Besitzlosen immer noch die für sie bestmögliche ist - besser jedenfalls als z.B. der Faschismus (dort hat dann das breite Volk überhaupt nichts mehr zu sagen außer "Zu Befehl"), besser auf jeden Fall auch als die bisherigen realsozialistischen Gesellschaften, in denen (und das trifft ja auch weitgehend zu) das einfache Volk ähnlich wenig zu sagen hat(te).

Nun, wer allerdings im Rahmen der bürgerlichen Demokratie ernsthaft und konsequent (eine gewisse gesellschaftliche Stärke vorausgesetzt) die Abschaffung dieser wirtschaftlichen Grundordnung fordert, dem werden umgehend die

(formalen) Rechte dieser Demokratie entzogen (Beispiele: Verbot der KPD 1956, Verbote einer Reihe revolutionärer ausländischer Organisationen, Berufsverbote gegen nicht nur revolutionäre, sondern oft nur radikale KritikerInnen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung).

Angesichts einer solchen Gesamtanalyse könnte man nun spontan (wie dies auch eine Reihe anarchistischer und autonomer Organisationen tun) den Schluß ziehen, daß man sich an einem derartigen Spektakel nicht beteiligen sollte, weil es ja doch nur zur Aufrechterhaltung und Verschleierung der wahren Verhältnisse dient.

Allerdings gab und gibt es unter Linken und RevolutionärInnen auch immer die Auffassung, daß man sich an den bürgerlichen Wahlen beteiligen sollte, und zwar aus verschiedenen Gründen:

Zum einen, um die bestehenden Machtmechanismen (z.B. das Parlament) zu nutzen, um die Kritik an den bestehenden Verhältnissen auch von diesem Forum aus zu äußern.

Zum zweiten, weil eben in nichtrevolutionären Zeiten noch viele Menschen Illusionen über den Parlamentarismus haben;

sie zu überzeugen, soll durch Eingreifen bei Wahlen und möglicherweise auch durch Einziehen in die Parlamente erleichtert werden.

Zum dritten, weil auch die Zusammensetzung der bürgerlichen Parlamente nicht ohne Interesse für die Besitzlosen ist: es sei immer noch günstiger für die Durchsetzung eigenen Interesses, wenn eher sozialdemokratische als nationale und konservative Parteien an der Regierung seien (mit allen taktischen Varianten einer solchen Herangehensweise, etc.)

So viel erst einmal zu den Fragen des Parlamentarismus - ich habe dabei bewußt darauf verzichtet, die historische Rolle der verschiedenen bürgerlichen Parteien unter die Lupe zu nehmen.

II. Eingreifen von AntifaschistInnen bei früheren Wahlen

Bei fast allen bisherigen Wahlen wurde die Frage des Eingreifens von AntifaschistInnen zwar diskutiert, aber meist nicht in umfassendem oder grundlegendem Sinne - wofür aber auch durchaus Gründe sprachen.

Alle bisherigen antifaschistischen Organisationsversuche verstanden und verstehen sich nicht als politische Parteien, welche gesamtgesellschaftliche Fragen und Lösungsvorschläge vorlegen könnten. Insofern ist es nur schlüssig, daß

derartige Organisationen sich nicht an Wahlen in Form eigener Kandidaturen beteiligten.

Unabhängig von dieser grundlegenden Einschränkung gab es aber insbesondere auf kommunaler Ebene durchaus eine Reihe von antifaschistischen Initiativen, sich an Wahlen - oft in der Form von antifaschistischen Bündnissen - zu beteiligen, ähnlich wie dies auch Bürgerinitiativen, Wählergemeinschaften und andere Organisationsstrukturen tun, die ebenfalls keinen gesamtgesellschaftlichen Anspruch vertreten.

Neben solchen Versuchen kommunaler Wahlbeteiligung gab es auf breiterer Ebene das "Eingreifen" in Wahlkämpfe (auch

Bundestagswahlen) mit gesamtgesellschaftlichen

(antifaschistischen) Aussagen und Forderungen, die auf die Verhinderung des weiteren Vordringens faschistischer und erzkonservativer Kräfte abzielten. Hier standen Forderungen nach dem Verbot sämtlicher faschistischer Organisationen, Verteidigung (noch) vorhandener demokratischer Grundrechte oder politische "Front"-Bildung gegen Rechtsaußen ("Stoppt Strauß") im Mittelpunkt.



Als drittes Element des Eingreifens antifaschistischer Kräfte gab es das Aufstellen sogenannter "Wahl-Prüfsteine" - konkrete Forderungen von AntifaschistInnen, welche den kandidierenden Parteien (außer den faschistischen) vorgelegt und von denen beantwortet werden sollten - dies war schon eine etwas direktere Form des Eingreifens, beinhaltete dies Vorgehen doch im Grunde, daß AntifaschistInnen indirekt zur Wahl zumindest derjenigen Parteien aufriefen, die auf die vorgelegten "Prüfsteine" in (aus antifaschistischer Sicht) positivem Sinne geantwortet hatten. Was die konkrete Entwicklung der vergangenen Jahre betrifft, ist als die grundlegendste Entwicklung festzuhalten, daß eines der antifaschistischen Hauptziele, nämlich den Einzug von faschistischen Parteien in die Parlamente zu verhindern, nicht erreicht wurde. Es muß dazu aber sofort festgehalten werden, daß dies auf keinen Fall nun einzig und allein den AntifaschistInnen angekreidet werden kann (allerdings scheint es oft unter diesen so zu sein, als ob sie selber sich dies "Versagen" sehr wohl allein ankreideten). Als Folge dieser "Niederlage" entstand eine starke Tendenz, diese Tatsache als "nun mal nicht mehr zu verhindern" ("Damit muß man nun als Normalität leben") anzusehen - das scheint mir ein wichtiger Irrtum.

Zum einen ist gar nicht ausgemacht, daß dies der Normalzustand bleiben wird (auch wenn zur Zeit einiges dafür spricht, daß sich die Anteile von Faschisten in den Parlamenten eher noch verstärken werden), zum anderen muß gefragt werden, ob die gesamte frühere Zielsetzung denn nun falsch war, nämlich die Teilnahme von Faschisten an den Parlamenten verhindern zu wollen. Es sind doch zwei Paar Schuhe, ob man ein Ziel als richtig erkennt, es zwar nicht erreicht, oder ob man meint, man habe falsche Zielvorstellungen gehabt und müsse deshalb andere entwickeln.

Ich denke allerdings, daß die Zielsetzung richtig war, und wenn das der Fall war, muß die heutige Forderung selbstverständlich lauten, die Faschisten aus den Parlamenten wieder rauszuschmeißen, nach wie vor und erst recht für ihr Verbot einzutreten, um ihren schon relativ großen demokratischen Spielraum zumindest ein Stück weiter einzudämmen.

Wie das bei den anstehenden Wahlen 1994 evtl. erreicht werden kann, dazu einige Überlegungen im dritten Teil dieses Beitrags.

III. Eingreifen von AntifaschistInnen bei den Bundestags/Europa-Wahlen 1994

Generell meine ich, daß AntifaschistInnen bei den Wahlen 1994 eingreifen sollten.

Ich vermute, daß 1994 stärker als bei früheren Wahlen eine Polarisierung zwischen den demokratisch/liberal/fortschrittlich/linken Kräften und den nationalkonservativ/nationalistisch/rassistisch/neofaschistischen Kräften stattfinden wird. Allerdings, und das gleich in aller Deutlichkeit, bedeutet dies keineswegs die Zuspitzung auf die Frage CDU oder SPD!

Vielmehr meine ich die politischen Strömungen in der sogenannten normalen Bevölkerung, und hier

deutet sich zumindest zur Zeit an, daß die nationalistischen Kräfte an politischer Stärke zunehmen werden, während die radikaldemokratisch bis linken Kräfte nach wie vor relativ schwach sein werden.

Allerdings spricht auch einiges dafür, daß aus der sogenannten Mitte, die bislang stärker nach rechts tendierte, ein relativ starker Schub gegen "Sozialabbau", gegen weiteren "Demokratieabbau" entstehen kann, der durch Wahl der SPD die Kahlschlagregierung Kohl ablösen will.

Unter Führung Scharpings steuert die SPD keinen ungeschickten Kurs, indem sie einerseits sich zum Anwalt der sozial Schwachen erklärt, andererseits mit Übernahme des "großen Lauschangriffs" in ihr Programm Stimmen von Rechts gewinnen will.

Soviel zu den möglichen politischen Kräfteverhältnissen.

Zum nächsten: Ich meine, daß AntifaschistInnen nicht für eine bestimmte Partei eintreten sollten, schon deshalb nicht, weil unsere Arbeit überparteilich ist.

Wir sollten auch nicht (versteckt) durch "Wahlprüfsteine" irgendeine Partei favorisieren, die dann bei der Beantwortung der Prüfsteine als "die beste" übrigbleibt.

Vielmehr schlage ich vor, zu bestimmten politischen Schwerpunktthemen ausführliche antifaschistische Forderungen bzw. Argumentationsketten aufzustellen.

Welche Themen könnten das sein?

Ich glaube, daß z.B. folgende Themen für AntifaschistInnen wichtig bzw. von besonderer Bedeutung sein könnten:

1. Asylrecht, Flüchtlinge, Abschiebungen
2. Abschaffung demokratischer Rechte, staatliche Repression
3. Kampf gegen faschistische Kandidaturen, Verhinderung von Wahlauftritten
4. Militarismus, Interventionspolitik Großdeutschlands.
5. Internationale Solidarität, Verstärkung der Zusammenarbeit von ausländischen und deutschen AntifaschistInnen.
6. Aktionen gegen Sexismus und Frauenunterdrückung.

Auf der Grundlage dieser und anderer möglicher Themen sollten wir in die Diskussionen und Aktivitäten während der Wahlen einsteigen und diese Diskussionen nutzen, um in der **Vernetzung und Organisation antifaschistischer Strukturen** weitere Schritte voran zu machen.

Stephan W. Born

Anzeige

Cafe Alibi

Kaiserwall 11a

45657 Recklinghausen

 *02361/ 27709*

Mo.-Fr. ab 9.30 Uhr

Sa + So ab 18.00 Uhr

DIE AUTONOMEN

TEIL III

Nachdem wir in der vergangenen Ausgabe das sogenannte Schenk-Papier abgedruckt haben, halten wir es für nötig, auch eine Kritik aus autonomer Sicht (in Auszügen) an den Schenk-Positionen zu veröffentlichen. In der kommenden Ausgabe soll dann mit einer Stellungnahme der AntifaZ-Redaktion eine Zwischen-Bilanz gezogen werden. Es bleibt zu diskutieren, wie und ob die Thematik fortgesetzt werden soll.

**VERSUCH EINER ANTWORT
AUF H. SCHENKS KRITIK
"DIE AUTONOMEN MACHEN
KEINE FEHLER. SIE SIND
DER FEHLER!!"**

Obwohl **H. Schenk's** Kritik an der autonomen Bewegung vernichtend ist, hat sie ziemlich viel Zustimmung bekommen. Anscheinend hat er vielen Autonomen aus dem Herzen gesprochen. Viele einzelne Punkte mögen böswillig oder oberflächlich sein, aber eine ganze Reihe sind auch ziemlich genau getroffen.

Wir können kaum bestreiten,

- daß unsere Beziehungen untereinander von Härte und Unverbindlichkeit bis hin zu Desinteresse gekennzeichnet sind.

- daß es kaum ein Bewußtsein darüber gibt, daß wir unsere eigene Geschichte aufbewahren und Erfahrungen weitergeben müssen: entsprechend wird das auch nicht systematisch angefaßt.

- daß so, wie wir uns gegenseitig (und auch selbst) unsere Ansprüche um die Ohren hauen, daran nicht unsere Fähigkeiten, sondern nur Angst und schlechtes Gewissen wachsen.

- daß wir ein distanziertes, oft ziemlich beliebiges und dadurch instrumentelles Verhältnis zu den Menschen haben, auf die wir uns "beziehen", also die wir zu agitieren oder zu mobilisieren versuchen.

Zurecht weist HS darauf hin, daß diese Form von

Unorganisiertheit, die wir als politischen Inhalt verteidigen, von ihrer Erscheinungsform her recht gut in die Struktur der modernen Industriegesellschaft paßt (Auseinanderfallen aller Bindungen, Einzelkämpfermentum als herrschende Ideologie - die "postfordistische Gesellschaft"), insofern keine Sprengkraft mehr gegen das System sein kann.

In seiner Kritik kommt HS immer wieder auf das Prinzip zurück, in dem er die Ursache dafür sieht, daß die Autonomen eben nicht nur Fehler **MACHEN**, sondern der Fehler **SIND: den Subjektivismus**.

HS sagt wenig dazu, wie er den Begriff versteht.

Ich habe das Gefühl, daß er alles das, was er selbst als verletzend, frustrierend und verwirrend in autonomen Zusammenhängen erlebt hat, auf diesen Begriff projiziert. Die einzige Definition, die ich im Text gefunden habe, ist die:

"- voluntaristischer Subjektivismus, d.h., daß die Revolution dann stattfindet, wenn die Menschen es wollen."

Nun, das ist sowieso eine Selbstverständlichkeit.

Mit der Definition können wir also nicht viel anfangen. Weil er den Subjektivismus im Text aber immer wieder als Begründung heranzieht, habe ich mal nachgeschaut, was so die Definitionen des Begriffs sind: "Die Lehre, daß Form und Inhalt des

Erkennens vom Subjekt bestimmt werden (...) Im ethischen Bereich relativiert der Subjektivismus alle sittlichen Werte, die nicht allgemeingültig, sondern vom persönlichen, subjektiven Empfinden des einzelnen bestimmt seien."

(dtv-Lexikon)

"(...) die Auffassung, daß bei der Beurteilung beliebiger Sachverhalte ihre Bezogenheit auf das abstrakt aufgefaßte menschliche Subjekt, etwa in Form einer abstrakten Nützlichkeit für den Menschen, der primäre Gesichtspunkt sein müsse (dieser Subjektivismus kommt z.B. in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern in Form einer bornierten Selbstsucht und einer beschränkten, vulgären Konsumentenideologie zum Ausdruck)."

(G. Klaus, Philosophisches Wörterbuch, DDR).

"Ansicht, nach der das Subjekt (das Ich) das primär Gegebene sei, alles andere Schöpfung des Bewußtseins dieses Subjekts (Verneinung objektiver Erkenntnisse, Werte, Wahrheiten)."

(Duden-Fremdwörterlexikon).

So, wie HS den Begriff einsetzt, bezieht er ihn aber nicht so sehr auf das Ich als Ausgangspunkt des Erkennens und Urteilens, als auf die Lust oder Unlust des einzelnen Subjekts, und das kann sich ja nun ständig ändern.

Ich denke, er verwechselt hier Subjektivismus mit **Voluntarismus**, in unserer Sprache das Bock-Prinzip. Das bedeutet, keinerlei Verbindlichkeiten einzuhalten, die Forderungen, die mensch gestern noch an die anderen gestellt hat, heute vom Tisch zu wischen, wenn sie einem/r lästig sind, usw.

Das ist aber gerade das Gegenteil von Subjektivismus, wie ich ihn als konstituierend für das autonome Politikverständnis ansehe.

Wir sprechen von der **"Politik der ersten Person"** und meinen damit, daß wir nicht stellvertretend für andere handeln können und wollen. Es gibt nichts und niemand, auf dessen Auftrag und Legitimation wir uns dabei berufen könnten. Jede Rechtfertigung unseres Handelns fällt auf uns selbst zurück und muß in uns selbst begründbar sein. Und zwar letztlich in jedem/r einzelnen.

Das entspricht der materialistischen Auffassung, daß die letzte Handlungsmotivation immer im eigenen Interesse begründet liegt.

Das klingt genau nach der Ideologie, die die völlig vereinzelt und damit ohnmächtige Gesellschaftsstruktur aufspannt, von der wir Teil sind und unter der wir leiden.

Das stimmt aber nicht. Denn das eigene Interesse ist auf komplizierte Weise mit dem Interesse anderer verbunden, Solidarität ist danach das Eingreifen im Konflikt zwischen anderen aus der Erkenntnis heraus, daß es dabei um die eigenen Interessen geht. Diese Motivation unterscheidet sich durchaus von der, die sich auf einen moralischen Imperativ stützt, die durch Gruppendruck erzeugt wird oder die durch das Versprechen einer Bezahlung im Jenseits erkaufte wird.

Nun überprüfe ich nicht bei jeder Gelegenheit, wie ein Verhalten, zu dem es mich drängt,

auf die Wahrnehmung meiner eigenen Interessen zurückzuführen ist. Ich denke, es bildet sich in der Auseinandersetzung sowas wie ein Rechts- und Unrechtsbewußtsein heraus, das verhaltensbestimmend wird und in dem die Erfahrung, was den eigenen Interessen dient, aufgehoben ist.

Je mehr dieses Rechtsbewußtsein von der **EIGENEN** Erfahrung und Auseinandersetzung bestimmt ist, und je weniger von gesetzten und blind übernommenen Werten, desto stabiler dürfte es im Leben eines/r jeden von uns handlungsbestimmend sein. Das ist der Grund für antiautoritäres Verhalten.

Eine antiautoritäre Haltung ist auch die Basis der autonomen Bewegung. Sie ist aber einen Schritt weiter als die antiautori-

täre Bewegung von vor 20 Jahren, jedenfalls in der Theorie:

Sowohl die Bindung an die Autorität als auch die Rebellion dagegen bleiben im Prinzip an diese gebunden. Erst der Versuch einer **EIGENEN** Bestimmung ist der Schritt in Richtung der Befreiung. "Autonom" heißt: eigenes Gesetz! D.h., der Name ist Programm! Nun ist die gängige Vorstellung (auch ich habe bisher keine andere gefunden), daß der Weg in die Selbstbestimmung nur im Kampf gegen die Fremdbestimmung gefunden werden kann. Das hat Konsequenzen, auf die ich gleich noch zurückkomme.

Kampf gegen die Gewalt, mit der ich konfrontiert werde, heißt, Kampf gegen den Herrschaftsanspruch über mich. Das heißt, Kampf gegen den Anspruch auf Verantwortung für mich, mit der Herrschaft

AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch

Oerweg 28

45657 Recklinghausen

Tel.: 02361 / 26345

Redaktion- u. Abosanschrift:

Antifa-Zentrum

Herner Str. 43

45657 Recklinghausen

Tel.: 02361 / 21686

Redaktionssitzung

Donnerstag, 19.- 20.00 Uhr.

Anzeigenkonto:

BLZ: 426 500 30

Kto. - No.: 1000 229 38

Stadtsparkasse Recklinghausen

Abonnentenkonto:

BLZ: 430 500 01

Kto.-Nr.: 334 01 027

Stichwort: AntifaZ

Sparkasse Bochum

Auflage: 1000

Druck: Deniz Druck & Verlag, Duisburg

Mitgewirkt haben:

Wolfgang E., Karsten Sch., Bruno, Klaus D., Alexander G., Thea A. St., Wolfgang T.

Elke W.

begründet wird. (Herrschaft wird praktisch immer mit Verantwortung begründet, bzw. mit der Unfähigkeit der Beherrschten, die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen).

Mit dem Anspruch auf Selbstbestimmung fällt also auch die Verantwortung auf mich zurück, und zwar vollkommen! Ich kann niemand anderem mehr die Schuld geben, wenn es mir schlecht geht. (Jede politische Argumentation, die auf der Empörung über zugefügte Gewalt aufbaut, schreibt ein Stückweit die Verantwortung anderer dafür fest und damit auch die Herrschaft, gegen die sich die Argumentation ja richten soll!). Heißt das nun, daß wir als Autonome immer selbstgeißelnd die Ursache aller Scheiße bei uns selber suchen müßten?

Keineswegs: Es gibt einen Unterschied zwischen **"Ursache"** und **"Schuld"**. Die Ursache von etwas herauszufinden, dient dazu, ein angemessenes Handeln zu entwickeln, um sich dagegen zu wehren. Anderen die Schuld für etwas zu geben, heißt, unter Berufung auf ein gemeinsames Rechtsverständnis ein anderes Verhalten einzuklagen (Schuld kommt von: etwas schulden). Aber da kann mensch lange warten und klagen.

Ich bin davon überzeugt: Verändern kannst du letztendlich nur das eigene Verhalten, die Verhaltensänderung der anderen ist allenfalls eine Reaktion darauf.

Also, mit der Selbstbestimmung fällt auch die Verantwortung vollkommen auf uns selbst zurück. (...)

Zurück zu dem Punkt, daß die Selbstbestimmung über den Kampf gegen die Fremdbestimmung führt: Die wütendsten Kämpfe führen wir da leider gegeneinander. Ich weiß auch nicht, warum, vielleicht, weil sie das Nächstliegende sind. Der Hauch einer Erwartung, ja

schon der leidende Gesichtsausdruck wird oft als eine Forderung, somit als Versuch gewertet, uns einen fremden Willen aufzuzwingen. (...).

Die ganze Art, wie HS seine Kritik vorbringt, zeigt, daß er in der autonomen Szene etwas gesucht hat, was diese nicht ist und aus ihrem Selbstverständnis auch nicht sein kann: eine politische Heimat, die Kraft und Orientierung bringt, die die Anstrengungen mit Schutz und Geborgenheit belohnt. Er klagt die autonome Bewegung an, als wäre ihm diese etwas schuldig, als hätte sie ihm etwas versprochen. (...).

Zurück zu den Kritikpunkten von HS. Ich habe gesagt, daß

ich sie zu einem großen Teil berechtigt finde. Sie sind daher mit dem Grundsätzlichen, was ich hier auszuführen versucht habe, auch nicht erledigt.

Aber das sollte doch wenigstens zeigen, wie mit den Kritikpunkten umzugehen ist: Wenn jemand die Verhältnisse wirklich verändern will und nicht nur eine Rechtfertigung für das eigene Aufgeben sucht, dann muß er/sie so lange hartnäckig "warum" fragen, bis die kritischen Phänomene auf ihren Kern des falsch verstandenen (oder unterschiedlichen) Interesses zurückgeführt sind.

Dann läßt sich daraus auch ableiten, was er/sie tun kann.

LOTTA

Anzeige



Ché Coolala

Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

ab 20.00 Uhr geöffnet

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 02 31 / 17 81 45 • Fax: 02 31 / 17 83 47

WOCHENENDSEMINAR DES ANTIFASCHISTISCHEN BUNDES (A F B) RUHRGEBIET IN PAPENBURG

Vom 26. bis 28. November 1993 veranstaltete der A F B mit 25 TeilnehmerInnen ein Wochenendseminar in Papenburg im Emsland.

Papenburg, bekannt durch das dortige "Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ)" über die Moorklager und KZs des Emslandes, war somit nicht ganz zufällig Ort des Wochenendseminars. Nach 2 anstrengenden Arbeitstagen schloß sich am Sonntag selbstverständlich ein ausführlicher Besuch des Dokumentationszentrums an, der für die jugendlichen TeilnehmerInnen eine ganze Reihe neuer Informationen und aufrüttelnder Eindrücke erbrachte. Wichtiger aber waren diesmal die Diskussionen, oft harten Auseinandersetzungen und Ergebnisse des Wochenendseminars.

Gemeinsames Fazit: das Seminar war wichtig, vor allem, weil endlich ein Schritt getan wurde, damit sich die Mitglieder aus unterschiedlichen Städten wie Marl, Herne, Haltern, Herten, Recklinghausen und Dortmund näher kennenlernten.

Übereinstimmend aber auch die (nicht ganz so optimistische) Erkenntnis: Wir stehen noch sehr

am Anfang, wir müssen noch lernen, mit teilweise recht kontroversen Auffassungen vom antifaschistischen Kampf klarzukommen.

Zum

Programm:

Zum einen wurden (freitag- und samstagabend) zwei

Plenumsdiskussionen durchgeführt unter der Fragestellung: **"Was haben wir für Vorstellungen vom AFB - was können wir anders und besser machen?"**.

Zum zweiten wurden vier verschiedene Arbeitsgruppenthemen angeboten, von denen drei bearbeitet wurden:

1. Beziehungen zwischen Kapitalismus und Faschismus: Das Ergebnis wurde eher als negativ eingeschätzt. Es kam kaum eine Kommunikation zwischen dem Referenten und der Gruppe zustande, die Perspektiven gingen teilweise sehr

auseinander: Versuchte der Referent vor allem, theoretische Kenntnisse in Grundfragen marxistischer Theorie (Wert der Arbeit, kapitalistische Produktionsweise, etc) zu vermitteln, erwarteten die GruppenteilnehmerInnen stärker konkrete Beispiele und Analysen des heutigen Kapitalismus und Faschismus.

2. Das Netz neofaschistischer Gruppen und Organisationen:

Das Ergebnis dieser Gruppe wurde als positiv erachtet, allerdings war das Referat auch in erster Linie informativ und bot kaum Anlaß zur Kontroverse.

3. Asylgesetz, Asylverfahrensrecht und neue Gesetze zur Verschlechterung der materiellen Lage der AsylbewerberInnen

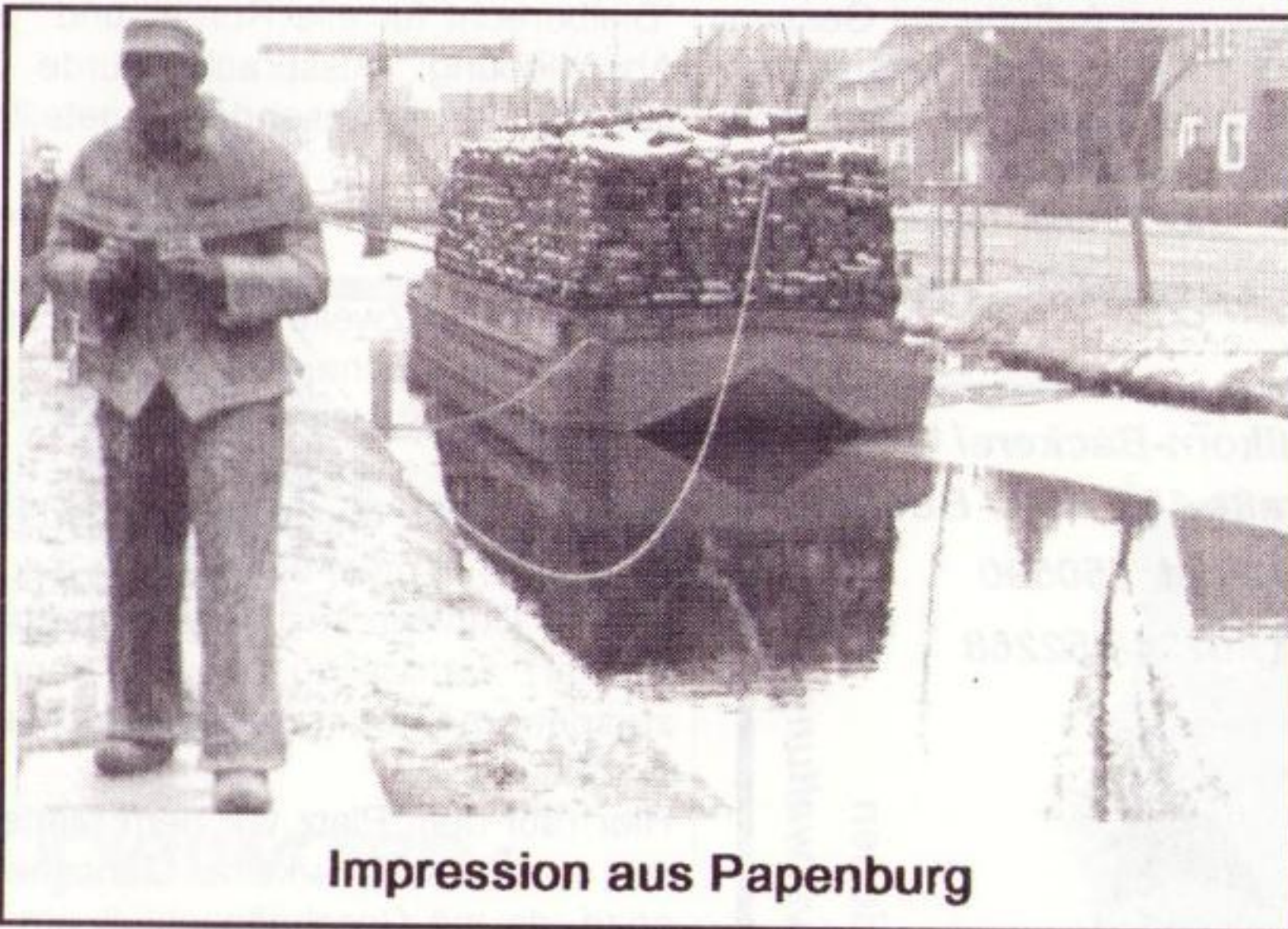
Das Ergebnis der Gruppe wurde als teilweise positiv erachtet, teilweise wurden die vorliegenden Gesetzestexte als zu lang und zu schwierig betrachtet, so daß nicht alles klar herausgearbeitet werden konnte.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen flossen in die Diskussion des Plenums am Samstagabend ein, wobei dies zweite Plenum von den TeilnehmerInnen als etwas positiver als das erste eingeschätzt wurde.

Als Fortschritt wurde auch festgehalten, daß überörtliche Arbeitsgruppen

gebildet werden sollen, die sich über einen längeren Zeitraum mit unterschiedlichen Themen wie "Kapital und Staat", "Sexismus", "Gentechnologie" u.a. beschäftigen werden. Insgesamt bestand einhellig die Meinung: Wir müssen häufiger derartige Seminare veranstalten, und somit wurde auch der Termin für das nächste AFB-Seminar bereits festgelegt: es findet statt vom 11.-13. März 1994.

ORGANISIERT EUCH IM ANTIFASCHISTISCHEN BUND (AFB) !!



Impression aus Papenburg

MARLER WOCHEN GEGEN RASSISMUS UND AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT

Vom 8.-12. November 1993 führte der ANTIFASCHISTISCHE BUND (A F B) RUHRGEBIET in Marl eine antifaschistische Aktionswoche durch, in der auf verschiedenen Veranstaltungen und im Rahmen unterschiedlicher Aktionen versucht wurde, antifaschistische Tätigkeit, antirassistische Vorstellungen und die Ziele der Internationalen Solidarität einen Schritt voranzubringen. Unter dem Strich kann die Woche als guter Erfolg bezeichnet werden, wobei die einzelnen Veranstaltungen sicher unterschiedlich zu bewerten sind.

Auftaktveranstaltung am 8. November in der Marler Gesamtschule

Gemeinsam mit den Marler Asylkreisen hatte der AFB zu einer Solidaritätsveranstaltung für und mit den AsylbewerberInnen aus der Marler Brüderstraße (siehe auch Artikel in früheren AntifaZ-Ausgaben) aufgerufen. Etwa 150 Menschen nahmen an der Veranstaltung teil, allerdings, wie fast immer zu solchen Anlässen, kamen kaum deutsche BürgerInnen.

Das konnte der hervorragenden Stimmung keinen Abbruch tun, zahlreiche Auftritte mit Gesang, Instrumentalmusik und Tanz gaben einen Querschnitt von der Roma-Kultur und von dem Können der InterpretInnen. Kinder, Jugendliche und Erwachsene, Frauen und Männer hatten gemein-

sam das Repertoire einstudiert, das alles in sehr kurzer Zeit und unter räumlich schlechtesten Verhältnissen (Kellerraum in der Brüderstraße). Auch für Essen und Trinken war gesorgt. Selbstkritisch hielten AFB-Mitglieder nach der Veranstaltung fest, daß sie selber auch Schwierigkeiten hatten, auf die AsylbewerberInnen zuzugehen und mit ihnen Gespräche zu führen - allerdings ist hierbei doch erschwerend anzuführen, daß es große Verständigungsprobleme und viel zu wenig Dolmetscher gibt.

Ein Beitrag des AFB allerdings, der sich für das "Bleiberecht für alle Roma" und "gegen jegliche Abschiebung" aussprach, wurde übersetzt und fand bei den Anwesenden ungeteilten Beifall.

Demonstration am 9. November

Sie war ohne Zweifel der Schwachpunkt während der ganzen Woche.

Nur knapp 80 Leute waren gekommen, zudem fand die Demo überwiegend schon in der Dunkelheit statt, ging hauptsächlich durch Wohngebiete (was ja im Grunde ein richtiger Gedanke war, nur daß im Dunkeln kein Mensch mehr auf der Straße war), war viel zu lang und kam auch erst viel zu spät am Ort der (geplanten) Abschlußkundgebung an.

Hier (auf dem Platz vor dem Marler "Stern") waren dann ebenfalls keine Menschen mehr anwesend, da mit Geschäftsschluß um 18.30 Uhr die "Massen" schleunigst verschwinden und der Platz ein gespenstisch leeres Aussehen bekommt.

Die Demo lösten sich dann auch ohne lange Reden auf, einziger kleiner Lichtblick war, daß doch auch einige Nicht-Mitglieder an der Demo teilnahmen. Negativ und selbstkritisch festzuhalten ist auch das Verhalten einiger angetrunkener Teilnehmer auf der Demo, deren antifaschistisches Engagement sich darin erschöpfte, leere Bierflaschen auf der Straße zerplatzen zu lassen.

Fazit: So nicht!

Anzeige

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 4630 Bochum
Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
 BIOLAND-Getreide
 Eigene Mühle



Informationen
 Betrieb in Selbstverwaltung

Mo.-Fr. 10.00-13.00Uhr, 15.00-18.00

Aktionen vor Marler Einkaufsmärkten am 10. November

Vor vier verschiedenen Marler Geschäften wurden gleichzeitig Flugblätter verteilt, in denen Schikanen und diffamierende Behandlung gegenüber AsylbewerberInnen im Zusammenhang mit "Plastikgeld" angeprangert wurden.

Diese Aktion fand überwiegend ein positives Echo, es fanden eine Reihe von Gesprächen mit einkaufenden BürgerInnen statt.

Ein kritischer Anrufer meinte allerdings, daß hier nur die "negativen" Ereignisse aufgeführt worden seien, während die vielen positiven Beispiele in der Behandlung von AsylbewerberInnen außer Acht gelassen würden.

Abschlußveranstaltung "Rock Gegen Rassismus" im HOT Hagenbusch

Eindeutiger Höhepunkt mit fast 400 BesucherInnen war dann das "Soli-Konzert" im HOT Hagenbusch, wo sich auch die Marler AFB-Gruppe wöchentlich trifft.

Mit den Gruppen "Westfalenterror" aus Marl, "Maghazi" aus Herne, "MuFF Divers" aus Haltern

und als absolutem Höhepunkt WIZO aus Stuttgart waren auch attraktive Gruppen verpflichtet worden.

Die Stimmung, insbesondere bei dem Auftritt von WIZO, war endlich mal wieder toll und solidarisch. Es gab keinerlei "Chaos", keine Aggressivität, stattdessen Spaß und ein Gefühl der Gemeinsamkeit, wie es nicht häufig aufkommt.

Überhaupt ist das HOT Hagenbusch eine gute Adresse für derartige Konzerte und Veranstaltungen, und angesichts der Tatsache, daß dies das einzige Jugendheim in Marl ist, stößt die für 1994 (seitens der Stadt Marl) geplante Schließung des Hauses bei den Jugendlichen auf völliges Unverständnis.

Noch ein Satz zum AFB-Konzert:

Zwar gab es unter dem Strich keinen Reingewinn (wie insgeheim durchaus erwartet), aber das kann dem Wunsch, weitere Antifa-Konzerte im Ruhrgebiet durchzuführen, keinen Abbruch tun.

Insgesamt hat diese Woche sicherlich dazu beigetragen, daß der AFB in Marl ein Stück bekannter geworden ist - es geht voran!

AFB-Marl

Anzeige

Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •



Herner Str. / Paulusstr.
45657 Recklinghausen

Öffnungszeiten Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00

Tel. 02361-17002

LANDESVERBAND NRW DER "DEUTSCHEN NATIONALISTEN" WUR- DE NICHT GEGRÜNDET

Am 3. Dezember 1993 versuchten Faschisten aus Nordrhein-Westfalen, in Dortmund einen Landesverband der "Deutschen Nationalisten" zu gründen.

Der Versuch scheiterte.

Die "nominelle" Gründung der "DN" war am 21.7.1993 in Mainz erfolgt, dem offiziellen Sitz der "angehenden" Partei. Dort ist auch der gesamte Bundesvorstand beheimatet, neben dem Bundesvorsitzenden Michael Petri sein Stellvertreter Ilias Casteas und Schatzmeister Dirk Poser.

Ein großer Teil der "DN" kommt aus der (verbotenen) "Deutschen Alternative" (DA),

so die bekannten Mike Ostwald und Sascha Chaves.

Petri unterhält regelmäßigen Kontakt zum ehemaligen DA-Bundesvorsitzenden Frank Hübner.

Als Ziel der Parteigründung hatte Petri die "Sammlung aller positiven Kräfte" und die Bildung einer "starken, zuverlässigen und glaubwürdigen Opposition" angegeben.

In der Außenpolitik fordert die DN den Austritt aus NATO und EG, lehnt die Zusammenarbeit mit "kommunistischen, imperialistischen und kapitalistischen Staaten" ab und erklärt sich solidarisch mit den "Völkern Kroatiens, Bosniens, Palästinas, Nord-Irlands und allen anderen nach Unabhängigkeit strebenden Ländern".

Die in der BRD lebenden AusländerInnen dagegen werden für Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und "Spannungen" sowie "Rassenkrawalle" und Kriminalität verantwortlich gemacht.

Daß es am 3.12.1993 nicht zur Gründung kam, ist nicht zuletzt den antifaschistischen Gegenaktionen zu verdanken. Im folgenden ein kurzer Abriß der Ereignisse und eine persönliche Stellungnahme von TeilnehmerInnen der Gegenaktion.

Ablauf der Ereignisse:

1.12.93: Die Polizei unterrichtet die Beschäftigten des Bahnhofs Dortmund-Barop davon, daß

sie hier am 3.12. "observieren" werde.

2.12.93: In Dortmunder antifaschistischen Kreisen wird bekannt, daß ein Treffen der DN geplant sei.

3.12.93, morgens: einer breiten Öffentlichkeit werden Termin und Treffpunkte der Nazis bekanntgegeben.

18.45 Uhr: die ersten Gegendemonstranten treffen in Barop ein.

19.00 Uhr: Am Dortmunder Hauptbahnhof verhaftete Personen, die von der Polizei der antifaschistischen Richtung zugeordnet werden, treffen im Polizeipräsidium ein

19.00 Uhr: Am Baroper Bahnhof fallen Schüsse - zahlreiche Verhaftungen

20.00 Uhr: Auf dem Parkplatz an der Autobahnabfahrt DO-Eichlinghofen werden ca. 25 Gegendemonstranten festgenommen

3.00 Uhr: Entlassung der Festgenommenen.

Augenzeugenberichte:

Arbeiter auf dem Stellwerk Barop:

Ich arbeite auf dem Stellwerk in Barop. Bereits am Mittwoch erhielt ich von einem Arbeitskollegen die Information, daß am Freitag ein Kriminalbeamter zur Observation vorbeikommen würde. Warum, habe ich nicht erfahren.

Am Freitag gegen 17.00 Uhr kam dann ein Kriminalbeamter in Zivil auf meinen Arbeitsplatz und informierte mich, worum es ging. 10 Beamte in Zivil hätten sich auf dem Gelände zur Observation verteilt. Er selbst hatte ein Funkgerät, Kamera und ein Nachtfernglas dabei. Weiterhin erwähnte er, daß 300 Beamte für einen evtl. Einsatz bereitgestellt wären, da sie mit Gegendemonstrationen rechnen würden. Zunächst wollten sie aber nur beobachten und die Neonazis, wenn sie auf der Straße nach Homburch in

Anzeige

KÜCHE AUS 100% NACHT GENIEßEN



KOKILLE

Original türkische Küche

Bochum, Südring 24
Tel. 66611
geöffnet
Montags bis Sonntag
18.00 Uhr bis 3.00 Uhr
nachts

Richtung ihre Treffens gehen würden, dabei fotografieren. Etwa um 18.45 Uhr funkte ein Kollege von ihm, daß von den 5 der neofaschistischen Szene zuzurechnenden Personen (Skinheads - 2 Frauen, 3 Männer), die sich auf dem Bahnhof aufhielten, einer mit einer Pistole bewaffnet wäre. Er hat diese Person ziemlich ausführlich beschrieben (Aussehen, Größe, Gewicht, usw.). Die Beamten spekulierten darüber, ob die Waffe "echt" sei oder nicht. Man unternahm in dieser Sache aber nichts, da man sie ja nur auf ihrem Weg zu ihrem Treffpunkt begleiten wollte. Andere Personen, außer den 5 bereits genannten, habe ich bis dahin nicht gesehen.

Plötzlich, etwa gegen 19.00 Uhr, näherten sich den 5 Personen einige andere - kurz darauf wurde geschossen, die 5 Neonazis sprangen auf die Gleise und rannten in meine Richtung. Dabei fielen weitere Schüsse. Nach meiner Meinung waren es keine "scharfen" Waffen, sondern schlimmstenfalls Gaspistolen.

Kurze Zeit darauf, etwa 2-3 Minuten später, mit dem Eintreffen der uniformierten Polizei, griffen dann auch Zivilbeamte ein und nahmen die ersten Personen fest, wie sie über Funk mitteilten.

Von meiner Position habe ich nicht weiter mitbekommen.

Über die Vorgänge in Dortmund-Eichlinghofen:

Mein Sohn, ein Schulfreund meines Sohnes und ich fuhren am Freitag, 3.12., zum Parkplatz an der Autobahnabfahrt Eichlinghofen. Wir erhofften Auskünfte über ein geplantes Treffen der rechten Gruppierung "Deutsche Nationalisten", in Barop, um gegen dieses Treffen zu demonstrieren. Wir trafen gegen 19.30 Uhr dort mit meinem Wagen ein.

Es waren schon ungefähr 20 Personen dort. Um 20.00 Uhr

berichtete jemand, daß der Treffpunkt bei Haus Tacke, Hombrucher Str., sei. Wir wollten dorthin fahren und nahmen noch 2 Jugendliche mit. Da erschien ein Großaufgebot Polizei und sperrte die Parkplatzausfahrt.

Wir mußten die Wagen verlassen, wurden gründlich durchsucht, die Autos ebenfalls. Uns wurden die Hände auf dem Rücken zusammengebunden mit einer Plastikfessel. Der Einsatzleiter sagte, wir würden zum Polizeipräsidium gebracht. Die Gründe würden wir dort erfahren.

In mehreren Einsatzwagen wurden wir weggebracht (3 Festgenommene - 3-4 PolizistInnen). Die Fahrt dauerte sehr lange, ungefähr 1 Stunde, da die Fahrer nicht ortskundig waren.

Die Fesseln waren sehr stramm, uns schmerzten die Hände. Werkzeug zum Lösen der Fesseln gab es angeblich nur im Präsidium.

Im Präsidium angekommen, herrschte großes Chaos: festgenommene "Linke", "Rechte" und Fußballrandalierer. Nach einer Wartezeit: Lösen der Handfesseln, Abnahme von persönlichen Gegenständen, nochmalige Durchsuchung und Herstellen von Fotos.

Danach folgte die Einlieferung in eine Zelle. Dort waren wir 26 Antifaschisten und ungefähr 10 Fußballfans.

Es gab keine Möglichkeit zu telefonieren ("Bei 130 Festnahmen wäre die Leitung blockiert").

Um 2.30 Uhr wurden wir aus der Zelle geholt, uns wurden unsere Sachen ausgehändigt und wir wurden ohne Vernehmung oder Begründung der Festnahmen entlassen.

Fazit:

Derartige Polizei-Aktionen bilden inzwischen nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel. Selbstverständlich hätte das geplante Treffen der "DN" von der Polizei verboten und im Vorfeld verhindert werden müssen. Die gesamte Aktion gegen die Antifas macht dagegen deutlich, wer für diesen Staat die eigentliche Gefahr darstellt. Ihnen gegenüber zeigt er dann auch - in der Regel auch heute schon - sein unter der demokratischen Fassade verborgenes nacktes, undemokratisches Gesicht. Die grundlegenden Rechte werden - in diesem Falle noch nur für eine kürzere Zeit - außer Kraft gesetzt, die Polizei agiert ohne jegliche Kontrolle in blanker Willkür.



TEL.: 0203 / 40 85 01

FAX: 0203 / 40 69 16

WILFRIEDSTR. 10 • 47169 DUISBURG

Am **16.12.1993** protestierten Mitglieder des **ANTIFASCHISTISCHEN BUNDES (AFB)** vor der **Hertener Gaststätte "Altes Gasthaus"** gegen die dort stattfindende Veranstaltung des Kreisverbandes Recklinghausen der **"REPUBLIKANER"**.

Erst am gleichen Tag hatte der **AFB** von der geplanten Versammlung Kenntnis erhalten, so daß nur etwa 15 Leute kurzfristig mobilisiert werden konnten.

Mindestens ebensoviel Polizisten hatten allerdings schon vor Beginn (in der Einladung für 19.00 Uhr festgesetzt) den

PROTESTAKTION

GEGEN

REP-VERANSTALTUNG

IN HERTEN

Eingang der Gaststätte abgesperrt und ließen niemanden hinein.

Geplant war laut Einladung offensichtlich die Gründung eines **REP-Ortsverbandes** in **Herten**.

Diese hat aller Wahrscheinlichkeit nach auch stattgefunden, vermutlich wurde die Veranstaltung jedoch verlegt (oder fand möglicherweise an einem anderen Ort statt, worauf die Tatsache hindeutet, daß einzelne Skins, die in die Gaststätte reinwollten, von der Polizei zu einem anderen Ort dirigiert wurden).

Die AntifaschistInnen harrten bis ca. 21.00 Uhr vor der Kneipe aus, da sich aber nichts weiteres tat, verließen sie schließlich den Ort des Geschehens.

Die örtliche **HERTENER ALLGEMEINE ZEITUNG** berichtete knapp über das Ereignis.

Grauzone

Cafe'- Kneipe
Oerweg 53, 54657 Recklinghausen
Tel.: 02361 - 27504

Mo - Fr 9.30 - 14.00 Uhr
und ab 19.00 Uhr
Sa ab 19.00 Uhr
So ab 10.00 Uhr

Jeden Sonntag großes Frühstücksbuffet
ab 10.00 Uhr

Veranstaltungskalender Januar - Februar

22.01.1994

Panheads
Independent
21.00 Uhr

05.02.1994

Zero Zero
Crossover
21.00 Uhr

14.02.1994

Rosenmontagsparty
ab 9.30 Uhr

19.02.1994

One-World-Party
*Veranstaltung mit dem
Antifaschistischen Bund*
ab 20.00 Uhr

Termin im März:

05.03.1994

Second Face
Independent
21.00 Uhr

Die Aktion für Abgewiesene Asylbewerber

oder
der Versuch, Menschen vor den Folgen behördlicher Willkür zu schützen

In Zeiten der Abschaffung des Rechtes auf Asyl, offener Hetze gegen Asylbewerber durch Politiker und Medien und nach dem Selez-Urteil, das auf eine Volfreierklärung für Ausländer in Deutschland hinausläuft, wird es Zeit, nicht nur gegen die Bonner Politik zu protestieren, sondern sich gegen das System mit Aktionen zu richten.

Ein Beispiel, wie man Widerstand und Protest nicht durch das Zerstören öffentlicher Einrichtungen, sondern durch konstruktive Hilfe und Unterstützung von abgelehnten Asylbewerbern ausdrücken kann, kommt aus der Schweiz.

In der Eidgenössischen Republik hat 1984 das Arztehepaar Heidi und Peter Zuber die "Aktion für abgewiesene Asylbewerber" (AAA) gegründet. Ziel ist es, abgewiesene Asylbewerber für eine gewisse Zeit zu verstecken, bis entweder eine Wiederaufnahme des Verfahrens angestrengt ist oder bis

ein anderes Land gefunden ist, in das der Flüchtling fliehen kann. Die Schweiz nahm in den Jahren des Nationalsozialismus keine jüdischen Flüchtlinge auf, stattdessen vereinbarten Delegierte des schweizerischen Bundesrates für das Flüchtlingswesen mit Hitler, daß jeder Jude einen "Judenstempel" in seinem Paß zu führen habe, damit dieser gleich an der Grenze abgewiesen werden könne. Dies mit einer sehr skurilen Begründung: Da der einzelne Jude in Deutschland nicht mehr gefährdet sei als alle Juden in Deutschland, hätten einzelne Juden kein Recht auf Asyl.

Wohl aus Gründen der Scham und des schlechten Gewissens änderten die Eidgenossen nach Ende des Zweiten Weltkrieges ihre Asylpraxis, sie gewährten z.B. 1956 12.000 ungarischen Flüchtlingen ohne bürokratische Hürden Asyl. Nach ihnen kamen Tschechoslowaken,

Tibeter, usw., natürlich hatte dies auch wirtschaftliche Vorteile für die Schweiz, man brauchte billige Arbeiter, um die boomende Konjunktur aufrechtzuerhalten. Als Anfang der siebziger Jahre die Konjunktur abflaute, gewährte man chilenischen Flüchtlingen kein Asyl, eine Renaissance der Asylpraxis zu Zeiten des Dritten Reiches schien sich anzudeuten. Es wurden nur zehn Prozent der Asylbewerber anerkannt, allerdings sah die Regierung davon ab, abgewiesene Asylsuchende in ihr Herkunftsland zurückzuschaffen, so daß ein Großteil der Abgelehnten in der Schweiz blieb. Bis zum Herbst 1984, als der Bundesrat befahl, alle abgewiesenen Asylbewerber in ihr Herkunftsland zurückzuschaffen.

Dies war die **Geburtsstunde der AAA**. Am 26.10.1984 ließen die Zuber in drei Schweizer Tageszeitungen Anzeigen schalten, in denen sie nach Menschen suchten, die abgewiesene Asylbewerber als private Gäste aufnehmen wollen. Vier Tage nach der Veröffentlichung der Anzeigen hatten sich bei den Zubers bereits fünfzehn aufnahmewillige Familien gemeldet. Im Oktober '87 standen der Aktion, nach Angaben Peter Zubers, über 2000 geheime Privatasylplätze zur Verfügung.

Rechtlich ist die Sache nicht eindeutig geregelt, die Zuber gehen davon aus, daß aufnehmende Familien den abgewiesenen Asylbewerber als Gast

Anzeige



Café Afro Latin Music Pub
Cuba

Essen & Trinken & jede Menge:
Salsa, Samba & Afro-Musik
Comida & Bebida & Cantidad de:
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias

Essen & Trinken & jede Menge:
Salsa, Samba & Afro-Musik
Comida & Bebida & Cantidad de:
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias

einladen, dieser wechselt sozusagen seinen Status. Die Regierung in Bern hingegen meint, daß jeder abgewiesene Asylsuchende auch nicht als Gast eingeladen werden dürfe und somit "ausgeschafft" werden muß.

Da sich der Schweizer Staat in seinen Grundfesten gefährdet sah, statuierte er 1987 ein Exempel, um so der Expansion der AAA entgegenwirken. Der Staat schwang seine Keule in Form einer Anklage gegen Heidi und Peter Zuber. In der Hoffnung, daß die von-dem-eidgenössischen-Weg Abgekommenen wieder zu ihm zurückfinden würden, versuchte man, die 'Schlange' AAA am Kopf zu zerdrücken. Die Zuber wurden zu einem bzw. zwei Monaten Haft verurteilt, sie brauchten die Strafe jedoch nicht anzutreten, da sie dem Richter versicherten, nun keine abgewiesenen Asylbewerber mehr zu verstecken. Dßs diese 'Besserung' nur vergegeben war, wurde deutlich, als die Zuber ihre Aktivitäten noch verstärkten.

Sie hatten zusammen mit vielen Prominenten versucht, die Ausweisung einer Familie aus Zaire zu verhindern. Angeklagt wurden die Zuber wegen eines Verstoßes gegen das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (Anag). Die Richter glaubten, mit diesem relativ milden Urteil ihre Eidgenossen so sehr abgeschreckt zu haben, daß sie nun wieder der offiziellen Doktrin aus Bern Folge leisten würden, doch weit gefehlt.

Ein anderer "Retter der schweizerischen Demokratie", der Nationalrat Markus Ruf von der Patei der Schweizer Demokraten - vorher "Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat" (NA) - stellte 1991

Anzeige gegen die Zuber, weil durch ihre illegalen Handlungen der dringend notwendige Vollzug von Asylentscheiden sabotiert werde. "Der Rechtsstaat Schweiz, der sich der Flut von Wirtschaftsasylanten kaum mehr erwehren kann, wird so planmäßig von innen her unterminiert und unter dem Deckmantel pseudohumanitärer Thesen zum Sammelbecken von unrechten Flüchtlingen aus aller Welt gemacht." Auch dies erweichte die AAAler nicht. Ganz im Gegenteil, die AAA drehte den Spieß um, ca. 2000 Mitglieder der AAA stellten Selbstanzeigen gegen sich selbst, sie wollten mit einer Lawine von Ermittlungsfällen die Untersuchungsbehörden förmlich lahmlegen. Die Zuber wurden von dem Obergericht freigesprochen. Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, das Peter Zuber als Arzt den Hypokratischen Eid geleistet habe und deshalb verpflichtet sei, Menschen in der Not zu helfen. Sehr zum Verdruß des Markus Ruf, der, laut Zuber, "Teppiche und Vorhänge gefressen" haben soll, als er von dem Urteil erfuhr. Die Kosten des Verfahrens mußten Ruf bzw. seine Partei tragen. Im Mai 1991 hatte die Aktion bereits 6000 Mitglieder und etwa 800 Privat-Asylplätze, wobei die Zuber als einzige in der Öffentlichkeit tätig sind, die Familien, die Abgewiesene aufnehmen, bleiben im Dunkeln, um so den Gerichten zu entgehen.

Wie die Gerichte mit "Aktivisten" umgehen, denen nachgewiesen wurde, daß sie Abgewiesene versteckten, zeigt der Fall von Verene P.. Die Zürcherin beherbergte den Kurden Ali U., in ihrer kleinen Wohnung. Da sie nur über eine kleine Rente verfügt und zudem noch zwei kleine Kinder hat, waren ihre finanziellen Mittel

bald erschöpft. Des Versteckenspiels überdrüssig, tat sie den Schritt an die Öffentlichkeit und sagte im Schweizer Fernsehen, daß es unmenschlich sei, Menschen verstecken zu müssen, um sie vor Schlimmerem zu bewahren. Ihr drohten sechs Monate Haft und bis zu 10.000 Franken Geldstrafe. Von den 800 Privat-Asylplätzen sind im Durchschnitt 200 belegt. Die Asylsuchenden bleiben ca. drei Monate im Versteck, in dieser Zeit hat die Organisation entweder ein neues Asylverfahren angestrengt, oder den/ die Abgewiesene/n in Begleitung eines AAAlers in sein Herkunftsland zurückgebracht, oder ein anderes aufnahmeberechtigtes Land gefunden, in das der Versteckte mit gefälschten Papieren gebracht wird. Das Fälschen von Ausweispapieren ist Mittel zum Zweck, würde ein abgewiesener Asylbewerber mit seinem richtigen Paß von Grenzern kontrolliert, würde er sofort verhaftet und mit der nächsten Maschine in sein Herkunftsland gebracht, die ganze Versteckaktion wäre umsonst.

Das Fälschen von Ausweisen wird mit Strafen von sechs Monaten bis fünf Jahren bestraft, jedoch, sagte Peter Zuber in "Dementi 26", sei dies nur 'Nothilfe', ihm bereite es auch keinen Spaß, Gesetze zu übertreten.

Nur jeder dritte wird über diesen Umweg in ein anderes Land geschafft. Zwanzig Prozent der Abgewiesenen erweisen sich als tatsächliche Härtefälle, die erneut mit der Bundesbehörde für das Flüchtlingswesen verhandelt werden. Bis Mitte letzten Jahres war der Leiter dieser Bundesbehörde Peter Arbens, mit ihm ist Peter Zuber befreundet. Deshalb konnte Zuber auch 80% aller von ihm als Härtefälle bei der Bundesbehörde vorgetragenen

Fälle mit einer Anerkennung des Asylgrundes durchbringen. Mitte letzten Jahres kündigte Arbens bei der Behörde, da er sich als Leiter einem zu starken Streß ausgesetzt sah, weil er sich für die Belange der Flüchtlinge auch persönlich einsetzte, was in vierzehnstündige Arbeitstage ausartete. An seine Stelle trat ein gewisser Urs Scheidegger. Dieser Mann läßt sich nicht erweichen, abgelehnte Asylanträge, die seine Unterbehörden gefällt haben, wieder rückgängig zu machen. Seit Scheideggers Amtsantritt beschränkt sich die Arbeit der AAA nur noch darauf, Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, mit finanziellen Mitteln in ihr Heimatland zurückzuschicken und ihnen auch dort weitere Geldmittel zukommen zu lassen.

Ledigen Frauen und Männern und auch kinderlosen Ehepaaren empfiehlt Zuber auch schon mal, die Grenze zu Frankreich oder Italien zu übertreten und dort als illegale Arbeit zu suchen, zwar hätten sie dort keinen Versicherungsschutz und würden nur den Bruchteil dessen verdienen, was ein legaler Arbeiter verdiene, es sei jedoch besser, als wieder in die Heimat zurückgeschickt zu werden.

Auch in Deutschland gibt es seit einiger Zeit Organisationen, die sich für das Verstecken von abgewiesenen Asylbewerbern einsetzen. Allerdings können diese Initiativen nicht auf eine so große und gewachsene Infrastruktur wie die AAA zurückgreifen. Das 'Projekt Zuflucht' aus Köln und Reutlingen beschränkte sich in seinem ersten Aufruf von vor zwei Jahren mit einer Aufforderung an seine Leser, Versteckplätze zur Verfügung zu stellen. In seiner zweiten Erklärung, ein Jahr später, legt es seine Beweggründe dar, warum es das

Verstecken von Flüchtlingen betreibt. Jedoch scheint es bei dieser wie auch bei anderen deutschen Flüchtlings-Versteck-Organisationen an einer populären Person zu fehlen, die sich in die Öffentlichkeit stellt und für die Projekte wirbt. Eine andere Art der Fluchthilfe für abgewiesene Asylbewerber ist die des 'Kirchenasyls'. Die Kirchen hatten von je her das Recht, Verfolgten Unterschlupf zu gewähren, selbst die Gestapo respektierte es, wenn Oppositionelle in Kirchen flohen. In letzter Zeit jedoch scheint dieses Recht auf 'Kirchenasyl' ausgeschaltet zu sein. So berichtet die Frankfurter Rundschau in ihrer Ausgabe vom 6.10.92, daß Polizisten gewaltsam in die Münsteraner Evangelische Kirchengemeinde eingedrungen seien, um eine dort untergekommene Romafamilie zu ver-

haften und nach Makedonien abzuschicken. Lediglich die siebzehnjährige Tochter Anife R. konnte sich der Verhaftung durch Flucht entziehen. Seitdem wurde sie von Münsterländer Kirchengemeinden versteckt und jedes mal, wenn ihr Versteck aufflog, in eine andere Gemeinde gebracht. Die deutsche Polizei darf die Neutralität von Kirchen mißachten und Verhaftungen vornehmen, findet jedoch ein Gottesdienst statt, darf sie nicht eingreifen, was zur Folge hat, daß jedesmal, wenn ein Versteck aufliegt, spontan ein Gottesdienst durchgeführt wird. Die Gewährung von 'Kirchenasyl' beschränkt sich nicht nur auf den Münsteraner Raum, es sind auch Fälle aus Hamburg, Berlin, Salzgitter und Wuppertal bekannt.

Aus der Türkei ★★★★★ Aus Türkei-Kurdistan ★★★★★ Aus der BRD

Tatsachen

Zweimonatige Zeitschrift der Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)

Beiträge zu den Themen:

- AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus
- Probleme der Antifa-Arbeit
- Berichte und Analysen über die Entwicklung in der Türkei und in Kurdistan
- Kulturelle Aktivitäten
- Internationale Solidarität

Einzelpreis DM 2,50 + Porto

Abonnentenbedingungen:

10 Nummern 20,- DM + Porto
20 Nummern 40,- DM + Porto

Zu bestellen bei:

DIDF

Jägerstr. 77

47166 Duisburg

Rechtliche Implikationen von zivilem Ungehorsam im Asylbereich

Der nachfolgende Text befaßt sich mit der Frage, inwieweit das Einschleusen von Ausländern nach Deutschland und das Verstecken abgelehnter Asylbewerber in der BRD strafbar ist. Helmut Budde, Rechtsanwalt aus Münster, gestattete uns freundlicherweise den Abdruck seines Textes.

1. Der zivile Ungehorsam beginnt für manchen von Ihnen bereits im Ausland: Helfen Sie einem Flüchtling bei seiner illegalen Einreise, so ist das zwar politisch höchst unerwünscht, grundsätzlich aber nicht strafbar. Bringen Sie z.B. einen Bosnier ohne Aufenthaltsgenehmigung oder ohne erforderlichen Paß über die bayrische Grenze in das Bundesgebiet, oder ermöglichen Sie einem bereits abgeschobenen oder ausgewiesenen Kurden in Ihrem Wohnwagen die Wiedereinreise, so können Sie deshalb strafrechtlich nicht zu Verantwortung gezogen werden, es sei denn, Sie lassen sich dafür bezahlen, oder Sie handeln wiederholt, also als Schlepper, oder Sie helfen gleich mehr als fünf Flüchtlingen. In diesen drei Ausnahmefällen riskieren Sie eine Geldstrafe oder gar eine Freiheitsstrafe von einem Monat bis zu drei Jahren, wobei auch der mißglückte Versuch bestraft wird (§92 Abs.2 und 3 AuslG). Sorgen Sie dafür, daß ihre Schützlinge sogleich nach der Einreise einen Asylantrag stellen, bleiben Sie nach Artikel 31 der Genfer Konvention auch in diesen drei Ausnahmefällen straffrei. D.h., Asylbewerbern bei ihrer unerlaubten Einreise zu helfen, ist in keinem Fall strafbar. Das Risiko besteht für

Sie nur bei der Ausreise, nicht bei der Einreise in die Bundesrepublik.

2. Haben Sie einen Flüchtling zum Schein zu Besuch zu sich eingeladen und ihm so die Einreise mit einem Besuchervisum ermöglicht, machen Sie sich ebenfalls nicht strafbar, wenn er abreedgemäß während oder nach Ablauf der Besuchszeit einen Asylantrag stellt. Allerdings laufen Sie Gefahr, zivilrechtlich vom Sozialamt auf Ersatz der Ihrem Gast während der Besuchszeit gewährten Sozialhilfeleistungen in Anspruch genommen zu werden.

3. Ganz ähnlich wie bei der Einreise ist die Rechtslage, wenn Sie einem Flüchtling bei seinem illegalen Aufenthalt im Bundesgebiet behilflich sind.

Verstecken Sie z.B. eine ausreisepflichtige Roma-Familie, machen Sie sich strafbar, wenn es sich um mehr als fünf Personen handelt, wenn Sie sich entlohn lassen sollten oder zum wiederholten Male handeln. Dabei macht es keinen Unterschied, ob Sie das Versteck geheim halten oder der Ausländerbehörde mitteilen. Denn Beihilfe zum illegalen Aufenthalt leisten Sie bereits, wenn Sie Unterschlupf gewähren oder ermöglichen, zur Verpflegung beitragen, Matratzen oder Decken stiften oder ähnliches. Auch ist egal, wo Leute untergebracht sind, im eigenen Party-Keller, in der verlassenen Waldarbeiter-Hütte oder im freien Wochenendhaus eines Freundes oder in kirchlichen Räumen.

Anzeige

MIT EINER

SOLARANLAGE

SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER



SWB
 Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH
 Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
 Karl-Hermann-Str. 14
 45701 Herten
 Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
 Sanitärinstallationen
 Elektroinstallationen
 Solaranlagen
 Regenwassernutzung
 Brennwertkessel

Kirchenasyl wird von der Polizei während des Gottesdienstes respektiert und danach erfahrungsgemäß mit besonderer Härte gebrochen. Die Wirkung des Kirchenasyls beschränkt sich also darauf, daß die kirchliche Autorität und die dadurch regelmäßig hergestellte öffentliche Aufmerksamkeit eine gewisse Hemmschwelle errichten, die den Vollstreckungsbeamten veranlaßt, zuerst nach der schützenden Hand des Dienstherrn zu tasten, bevor er sich zum Polizeieinsatz entschließt. Beherzigen Sie also, daß zu schützende Flüchtlinge nicht in Gruppen von mehr als fünf Personen untergebracht werden dürfen.

4. Nicht mit Strafe bedroht ist, wenn Sie einen in Deutschland weilenden Flüchtling unterstützen, obwohl er keinen Paß oder Ausweisersatz besitzt, obwohl er sich trotz Verbots politisch betätigt, obwohl er trotz Arbeitsverbots erwerbstätig ist, obwohl er einem Zuweisungsbescheid nicht Folge leistet oder obwohl er eine falsche Aufenthaltsgenehmigung oder Duldung benutzt.

5. Diese im Ausländergesetz (AuslG) verstreuten Bestimmungen sind auch den meisten Staatsanwälten unbekannt, was ihnen aber keinerlei Unbehagen verursacht und sie nicht daran hindert, munter drauflos zu verfolgen. Weitaus vertrauter ist ihnen da schon das Strafgesetzbuch, welches für den zivilen Ungehorsam ebenfalls einige Fußangeln bereithält:

Wer Sozialämter oder Arbeitsämter besetzt und trotz Aufforderung nicht freiwillig räumt, wer die Beamten bei ihrer Arbeit behindert oder sich der Räumung durch die Polizei widersetzt, riskiert strafrechtliche Ermittlungen wegen Hausfriedensbruchs, Nötigung oder Widerstand gegen die Staatsgewalt. Ähnliches blüht dem, der sich Abschiebemaßnahmen in den Weg stellt.

Auch er müßte mit einer Geld- oder gar Bewährungsstrafe rechnen.

Offenbar bisher noch nicht gerichtlich geklärt ist, ob und ggf. wie sich derjenige strafbar macht, der vom Sozialamt für Flüchtlinge ausgegebene Wertgutscheine aufkauft und selbst einlöst. Die Staatsanwaltschaft Münster hat auf eine Selbstanzeige zwar wegen Betrugs ermittelt, dann aber die Ermittlungen eingestellt mit der pflaumenweichen Begründung, dem Täter habe offensichtlich das Unrechtsbewußtsein gefehlt.

Nach unserer Auffassung fehlt es nicht nur am Unrechtsbewußtsein, sondern am Unrecht, insbesondere an den objektiven Tatbestandsvoraussetzungen.

Der Vorwurf des Betrugs soll also wohl mehr der Abschreckung dienen.

6. Zu ergänzen bleibt, daß die Beamten unter Ihnen auch dann disziplinarrechtliche Maßnahmen riskieren, wenn Sie sich durch ihre Unterstützungshandlungen nicht strafbar machen. Denn politisch und aus Sicht des Dienstherrn unerwünscht ist ziviler Ungehorsam allemal und im Einzelfall vielleicht auch in besonderem Maße geeignet, Achtung und Vertrauen in einer für sein Amt oder das Ansehen des Beamtentums bedeutsamen Weise zu beeinträchtigen. Das aber ist nach der gesetzlichen Definition ein Dienstvergehen und kann mit einer Warnung, einem Verweis oder gar einer Geldbuße geahndet werden.

II. Nach §32 StGB handelt nicht rechtswidrig und kann deshalb nicht bestraft werden, wer eine Tat begeht, die durch Notwehr geboten ist. Das politische Widerstandsrecht ist ein solcher Rechtfertigungsgrund. Art.20 Abs.4 GG umschreibt es dahin, daß gegen jeden, der es unternimmt, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen, alle Deutschen das Recht zum

Widerstand haben, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Der Bundeskanzler spricht öffentlich von einem Staatsnotstand, den es nach unserem Grundgesetz (GG), das er zu schützen hat, gar nicht gibt. Die CDU/CSU-Fraktion denkt laut darüber nach, unter welchen Voraussetzungen sie einen Verfassungsbruch riskieren kann. Die Ausländerbehörden vor Ort verstoßen bewußt gegen geltendes Recht, indem sie beispielsweise Flüchtlinge aus Rumänien oder Flüchtlinge ohne Ausweispapier sogleich in Sicherungshaft nehmen und abschieben, auch wenn diese um Asyl bitten. Die Mißachtung der Grundrechte ist zu einem Mittel der politischen Auseinandersetzung geworden, und im Ausländer- und Asylbereich sind Gesetzesverschärfungen, um die in den parlamentarischen Gremien noch heftig gestritten wird, längst tägliche, illegale Praxis geworden.

Viele stellen sich deshalb die Frage, ob nicht der Augenblick gekommen sei, in dem Widerstand zur Pflicht und ziviler Ungehorsam zur Selbstverständlichkeit werden.

So sympathisch mir diese Frage ist, als referierendes Organ der Rechtspflege muß ich Sie eindeutig warnen: Ziviler Ungehorsam schützt vor Strafe nicht, und ein politisches Widerstandsrecht haben Sie bei Ihrem Einsatz für die Belange der Flüchtlinge nicht.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes schließt der zivile Ungehorsam nach dem Selbstverständnis seiner Befürworter per definitionem Illigalität mit dem Risiko entsprechender Sanktionen ein. Mit anderen Worten, wer ungehorsam gegenüber dem Staat ist, will gegen staatliches Recht verstoßen, weil er ein anderes Rechtsverständnis hat. Es wäre widersinnig, wenn er sich auf einen Rechtfertigungsgrund

berufen würde. Wenn Sie eine ausreisepflichtige Flüchtlingsfamilie verstecken, handeln Sie bewußt gegen eine rechtskräftige Ausreiseaufforderung, weil Sie sie für menschenunwürdig oder inhuman halten und deshalb bereit sind, für Ihre Überzeugung eine mögliche Strafe in Kauf zu nehmen.

Der politische Widerstand - der im übrigen nur einem Deutschen zustehen kann - muß das letzte verbleibende Mittel zur Erhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung sein. Der Streit geht aber gerade darum, was verfassungsmäßig ist, ob also z.B. der ablehnende Bundesamtsbescheid gegen Art. 16 GG verstößt oder nicht.

Machen wie uns nichts vor: Ausländergesetz, Asylverfah-

rensgesetz und Strafgesetzbuch sind auch geschaffen worden, um das Machtmonopol des Staates zu schützen und seine politischen Interessen durchsetzen zu können. Wem das Recht nicht paßt, der muß den Staat ändern. Erst wenn ihm dies gelungen ist, wird auch sein politischer Widerstand nachträglich gerechtfertigt. Ein politisches Widerstandsrecht wird also immer erst dann zum strafbefreienden Rechtfertigungsgrund, wenn es erfolgreich durchgesetzt worden ist. Kein politischer Machthaber wird politischen Widerstand anerkennen, solange er die Macht hat und selbst bestimmt, was Recht und Gesetz ist. III. Zum Schluß kann ich mir einige persönliche Bemerkungen nicht verkneifen:

Ich erinnere mich, wie verblüfft

ich war, in einer Biographie von Willy Brandt zu lesen, mit welcher Selbstverständlichkeit dieser Mann, der immerhin Bundeskanzler und Nobelpreisträger geworden ist, während seiner Emigration gegen Normen, die in seinen Augen nur zum Schutz staatlicher Machtinteressen errichtet waren, verstieß, wenn es darum ging, ein von ihm als richtig erkanntes Ziel zu verfolgen.

Wem dieser Mann suspekt ist, dem komme ich mit einem Satz aus einem kürzlich in der Katholischen Fakultät der Uni Münster geschriebenen Aufsatz: "Auch wenn das Versagen politischer Instanzen an sich noch keine hinreichende Begründung christlicher Diakonie ist, so doch

spätestens die theologische Vergewisserung der Tatsache, daß dieses Ausmaß des Flüchtlingseleuds das Zupacken des Samariters erfordert, ganz gleich, wer für das Räuberwesen auf der Straße nach Jericho verantwortlich sein mag."

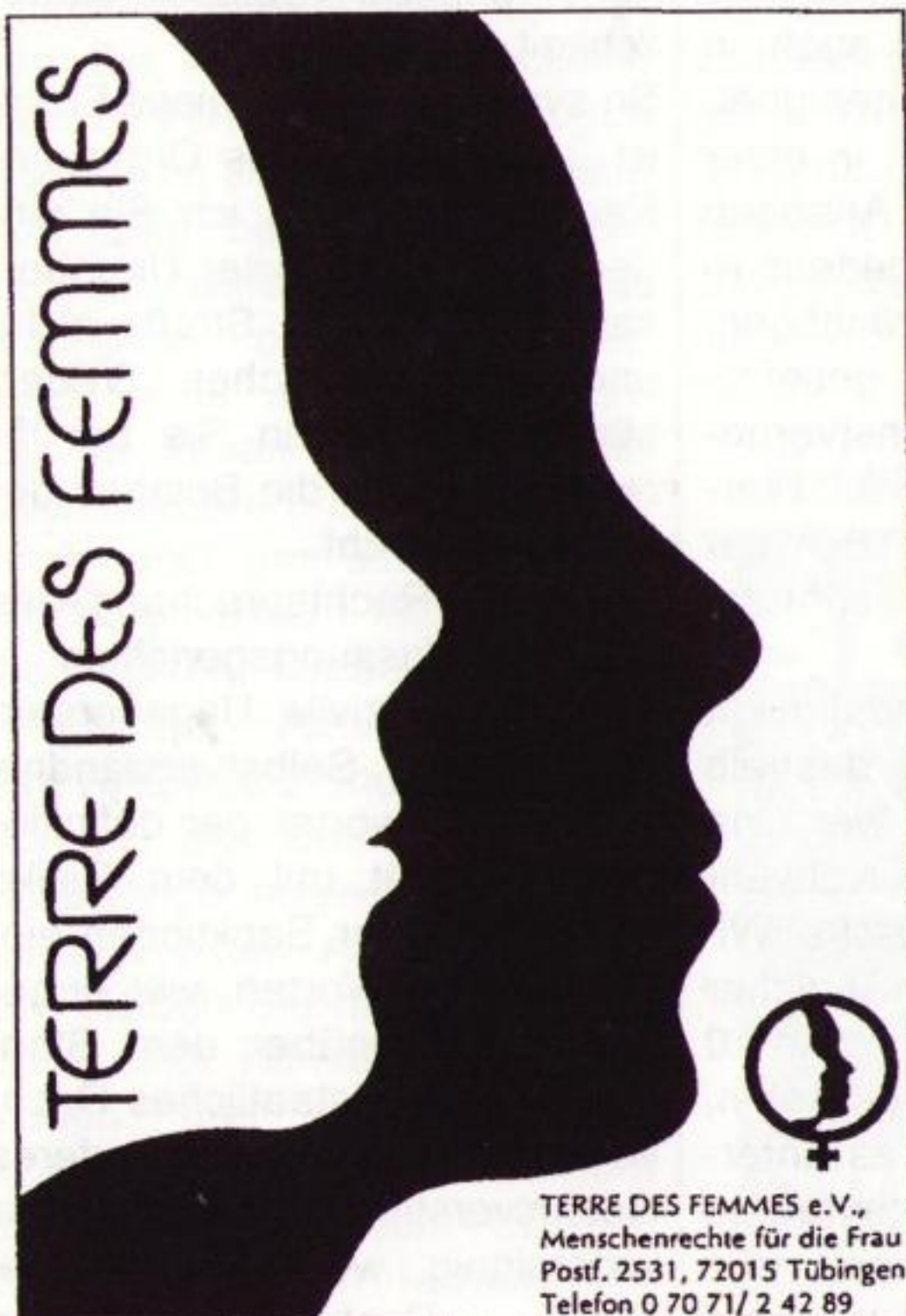
Also zeigen Sie dem Staat und seinen willfährigen Dienern die Zähne, wenn es darum geht, Menschenrechte auch für Flüchtlinge in Anspruch zu nehmen und zu verteidigen, denn über den staatlichen Interessen steht Ihr Gewissen. Ziviler Ungehorsam im Rahmen des Gesetztes und der Rechtsnormen mag noch so unerwünscht sein, er ist notwendig und selbstverständlich, wenn er Ihnen durch Ihr Gewissen befohlen wird. Bevor Sie sich allerdings dazu entschließen, die Grenzen der Straflosigkeit zu überschreiten und sich so der Gefahr einer Strafverfolgung oder eines Disziplinarverfahrens auszusetzen, sollten Sie eine sorgfältige Güterabwägung treffen, wobei Ihnen niemand Vorschriften zu machen hat und für die es auch keine allgemeinverbindlichen Richtlinien gibt.

Um Ihnen aber einen als notwendig erkannten Schritt über die Grenze der Legalität hinaus zu erleichtern, schlage ich die Gründung eines Rechtshilfefonds für staatlich verfolgte FlüchtlingsberaterInnen vor. Er mag beim Flüchtlingsrat NRW oder sonstwo angesiedelt werden und sollte dazu dienen, die Risiken des strafbaren zivilen Ungehorsams finanziell abzusichern, also Verfahrenskosten und etwaige Geldstrafen zu ersetzen. Im Sinne einer Starthilfe erkläre ich mich dazu bereit, mein Honorar für dieses Referat in diesen Fond einzubringen.

Rechtsanwalt Helmut BUDDE, Münster, 2.2.1993

RUNDBRIEF 4/93

Vergewaltigung als Asylgrund ♦ 8. März Frauenstreiktag ♦ Menschenrechtsverletzungen an Frauen im Krieg ♦ Frauen Ostafrikas kämpfen ♦ Tibetische Frauen ♦ Verfolgte als Frau und Kurdin ♦ Kinderprostitution in Brasilien ♦



AKTIONEN VON TERRE DES FEMMES (TdF) ZUM INTERNATIONALEN FRAUENLESBENKAMPFTAG GEGEN GEWALT AN FRAUEN AM 25. 11. 1993

Dieser Tag begründet sich auf den gewaltsamen Tod dreier Frauen in der Dominikanischen Republik. Sie wurden 1960 unter der Diktatur von Trujillo von Militärs verschleppt, gefoltert, vergewaltigt und ermordet, als sie politische Gefangene besuchen wollten. 1982 erklärten zuerst lateinamerikanische FrauenLesben diesen Tag zum internationalen Kampftag gegen Gewalt gegen Frauen, dem sich FrauenLesben weltweit anschlossen.

Die Aktionen 1993 richteten sich zum einen gegen die Gewalt an Frauen in Fernsehbeiträgen. Vorbereitet von TdF-Gruppen aus Tübingen und Köln, fanden vor den Privatsendern Pro7 in München und RTL plus in Köln Kundgebungen und Demonstrationen statt, an denen u.a. Kleinkünstlerinnen, Medienwissenschaftlerinnen, Vertreterinnen verschiedener Kirchen- und Frauenorganisationen sowie weibliche Bundes- und Landtagsabgeordnete teilnahmen. Terre des Femmes forderte u.a.,

- die Würde der Frau in Berichterstattungen, Spielfilmen und Werbungen zu achten
- alle Fernsehanstalten in einer "Abrüstungskonferenz", die auch das Frauenbild der Filme überprüfen sollte, zu versammeln - alle (Aufsichts-)Gremien der öffentlich-rechtlichen und

der privaten Fernsehanstalten zur Hälfte mit Frauen zu besetzen, die sich für Frauenbelange einsetzen

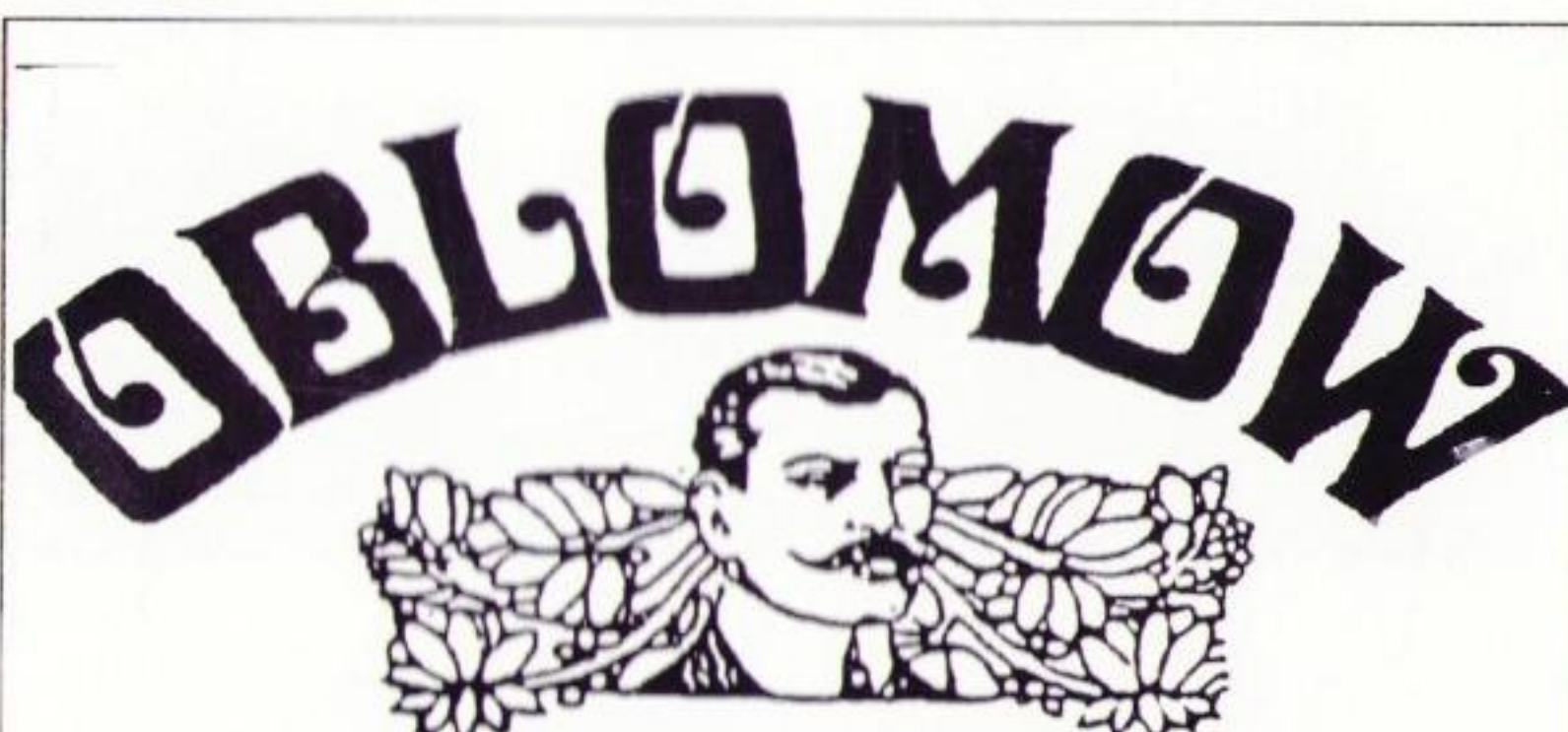
- Filme und Filmemacherinnen finanziell zu fördern, die ein facettenreicheres Bild von Frauen als kreativ denkenden und handelnden Persönlichkeiten entwerfen

- Firmen zu boykottieren, die im Zusammenhang mit frauvenverachtenden und gewaltfördernden Filmen werben sowie
- wirksame Organe der Selbstkontrolle und des Jugendschutzes bei den privaten Sendeanstalten zu schaffen.

Die drei letztgenannten Forderungen waren zudem Gegenstand einer TdF-Postkartenaktion an die verantwortlichen Ministerpräsidentinnen sowie an den Zentralausschuß der Werbewirtschaft und den Verband Privater Rundfunk

und Telekommunikation. Reden wollte man von Pro7 mit den Aktivistinnen an diesem Tag nicht, sah doch Herr Dr. Dekas von der Geschäfts-Bereichsleitung Gewalt durch Presseöffentlichkeit (!) ausgeübt. Gesprächsbereit zeigten sich die Verantwortlichen von Pro7 und RTL plus erst für Anfang '94. Die Protestaktion der TdF-Städtegruppe Bochum prangerte den reformierten § 218 als Akt der Gewalt gegen Frauen an, da er gegen das Selbstbestimmungsrecht von Frauen verstößt und darüber hinaus soziale Deklassierung, rassistische Auslese und Behindertenfeindlichkeit provoziert. Orte der Protestkampagne waren das zentrale Denkmal "Trauernde Frau und Mutter" an der Pauluskirche in BO-Zentrum und eine weitere steinerne Mutterfigur für Soldaten des Ersten Weltkriegs in BO-Dahlhausen. Dabei wurde der politische Appell dieser Mutterfiguren in einem Akt "künstlerischer Dekonstruktion" miteinbezogen und mittels einer "Protestschürze" umgedeutet. Die Kritik wies u.a. auch auf den Zusammenhang von erzwungener Mutterschaft und dem Einsatz von UNO-Soldaten hin. Nach kurzer Erklärung an die anwesende Presse gingen die Bochumer Frauen an den Schwerpunkt ihrer Aktion: die Diskussion mit Frauen "an der Basis", an diesem Tag in den Einkaufszonen. EW

Anzeige



Kurt-Schumacher-Platz 1a, 44787 Bochum Eingang Hellweg, Tel.: 0234/ 12967

TÄGLICH GEÖFFNET AB 18.00 UHR

Ankündigung

Foto-Ausstellung in Bochum

Schuß-Wechsel Türkei

Eine Fotoausstellung von Thea A. Struchtemeier zeigt einen Einblick in den journalistischen Alltag der Türkei zwischen 1991 und 1993.

Diese Bilder sind politische Momentaufnahmen und keine ästhetische Bilderschau. Sie leben vom Augenblick und sind häufig in größter Eile entstanden, da in den seltensten Fällen öffentlich gefilmt werden konnte.

Die Fotos geben jedoch einen Einblick in Zerstörungen, die länger andauern als Waffengewalt oder bloße "Schnapp-Schüsse".

Sie führen vom 1. Mai in den ArbeiterInnenvororten Istanbuls zu den verbrannten Dörfern bei Sirnak bis hin zu den tödlichen Waffen der Gewalt: deutsche Panzer im türkischen Bereich Kurdistans.

Ausstellungseröffnungen:

im FAHRRADLADEN -BALANCE

Kortumstraße 5, 44787 Bochum, Tel.: 0234-12051/2

Mittwoch, 19. Januar 1994

(Die Ausstellung bleibt bis zum 5. Februar)

Informationsgespräch mit Thea A. Struchtemeier

zu den Fotodarstellungen: 27. Januar 1994, 20.00 Uhr im

FAHRRADLADEN - BALANCE

Gast: Burhan Karadeniz, Journalist von Özgür Gündem (angefragt)

sowie:

im STADTTEILLADEN "REGENBOGEN"

Eilberger Str. 2, 44879 Bochum-Dahlhausen, Tel.: 0234-494605

Mittwoch, 16. Februar 1994, 20.00 Uhr (Eröffnungstermin)

Unter dem Thema: "Politische Reise durch die Türkei von West bis Ost"